

Stenographisches Protokoll

48. Sitzung des Kärntner Landtages - 28. Gesetzgebungsperiode
Donnerstag, 12. Dezember 2002

Inhalt

Fragestunde (S. 5698)

Aktuelle Stunde

Thema: Kontrolle der Pflegeheime

Antragsteller: SPÖ-Klub

Redner: Unterrieder (S. 5703), Dr. Strutz (S. 5704), Sablatnig (S. 5705), Kollmann (S. 5706), Jost (S. 5707), Mag. Scheucher-Pichler (S. 5708), Mag. Dr. Schaunig-Kandut (S. 5709), Warmuth (S. 5711), Mag. Cernic (S. 5712), Dipl.-Ing. Gallo (S. 5713), Dr. Wutte (S. 5714), Mag. Schaumberger (S. 5715)

Tagesordnung

Änderung und Erweiterung der Tagesordnung (S. 5717)

Zur Geschäftsordnung: Unterrieder (S. 5717)

Zur tatsächlichen Berichtigung: Jost (S. 5717)

Ldtgs.Zl. 638-1/28:

Prüfungsverlangen des Landtages vom 12.12.2002 auf Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend die „Werbeagentur S. Jost“ durch den Landesrechnungshof
Einstimmige Annahme (S. 5717)

1. Ldtgs.Zl. 636-1/28:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Familie, Soziales und Gesundheit zum selbständigen Antrag des Ausschusses gem. § 17 Abs. 1 K-LTGO betreffend Änderung des Kärntner Heimgesetzes
./ mit Gesetzentwurf

Berichtersteller: Kollmann (S. 5717)

Redner: Steinkellner (S. 5718), Wulz (S. 5719), Mag. Scheucher-Pichler (S. 5719), Mag. Dr. Schaunig-Kandut (S. 5719), Dr. Strutz (S. 5720, 5724), Jost (S. 5721), Arbeiter (S. 5722, 5725)

Einstimmige Annahme (S. 5726)

2. Ldtgs.Zl. 620-2/28:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Familie, Soziales und Gesundheit betreffend gesetzliche Anerkennung für den Beruf Arzthelferin

Berichtersteller: Kollmann (S. 5726)

Redner: Warmuth (S. 5726), Arbeiter (S. 5727), Sablatnig (S. 5727)

Einstimmige Annahme (S. 5728)

3. Ldtgs.Zl. 256-11/28:

Bericht und Antrag des Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschusses zur Regierungsvorlage betreffend Österreichischen Stabilitätspakt 2001; Ergebnis der Beratungen des Österreichischen Koordinationskomitees vom 30.10.2002; Einrichtung eines Landes-Koordinationskomitees

Berichtersteller: Mitterer (S. 5728)

Einstimmige Annahme (S. 5729)

4. Ldtgs.Zl. 275-11/28:

Bericht und Antrag des Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschusses zur Regierungsvorlage betreffend den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes im Bezug auf das Bundesland Kärnten - Verwaltungsjahr 2001

Berichtersteller: Mag. Neuner (S. 5729)

Redner: Gritsch (S. 5729)

Einstimmige Annahme (S. 5730)

5. Ldtgs.Zl. 629-2/28:

Bericht und Antrag des Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschusses zur Regierungsvorlage betreffend den Wirtschaftsbericht 2001

Berichtersteller: Gritsch (S. 5730)

Redner: Mag. Neuner (S. 5730), Hinterleitner (S. 5731), Mag. Dr. Kaiser (S. 5732)

Einstimmige Annahme (S. 5735)

Zur Geschäftsordnung: Dr. Wutte (S. 5735), Mitterer (S. 5735)

Mitteilung des Einlaufes

A. Dringlichkeitsanträge:

1. Ldtgs.Zl. 199-10/28:

Dringlichkeitsantrag aller drei im Landtag vertretenen Parteien betreffend keine Gefährdung der Umwelt durch Spülung des Margaritzenspeichers

Zur Begründung der Dringlichkeit: Mag. Cernic (S. 5736)

Zur Dringlichkeit: Dipl.-Ing. Gallo (S. 5737), Lutschounig (S. 5737)

Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 5739)

Einstimmige Annahme (S. 5739)

B. Anträge von Abgeordneten (S. 5739)

Beginn: Donnerstag, 12.12.2002, 10.42 Uhr

Ende: Donnerstag, 12.12.2002, 13.40 Uhr

Beginn der Sitzung: 10.42 Uhr

Vorsitz: Zweiter Präsident **Ferlitsch**, Dritter Präsident **Mitterer**

Anwesend: 34 Abgeordnete

Entschuldigt: **Ramsbacher, Dipl.-Ing. Freunschlag, ab 13.10 Uhr Lobnig**

Mitglieder des Bundesrates: **Ing. Klamt, Dr. Kanovsky-Wintermann, Mag. Trunk, Würschl, Ing. Gruber**

Am Regierungstisch: Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Pfeifenberger**, Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy**, Landesrätin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut**, Landesrat **Wurmitzer**; Landesamtsdirektor **Dr. Sladko**

Schriftführer: Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich darf die 48. Sitzung des Kärntner Landtages -

verlangt von der Freiheitlichen Fraktion - eröffnen und Sie alle noch einmal herzlich begrüßen. Wir sind beschlußfähig.

Ich darf im Besonderen die Bundesräte, die Besucher, sowie die Presse und die Fachbeamten des Amtes der Kärntner Landesregierung begrüßen. Entschuldigt für die heutige Sitzung ist Herr Landeshauptmann Haider, Herr Landesrat Reinhart Rohr, Herr Landesrat Gerhard Dörfler und Herr Erster Präsident Dipl.-Ing. Freunschlag. Weiters begrüße ich Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Peter Ambrozy als Regierungsmitglied. (*Beifall im Hause.*) Geburtstage darf ich ebenfalls verlesen. Unser Herr Abgeordneter Kollege Josef Lobnig feierte kürzlich den Geburtstag. Ich darf ihn im Rahmen der Landtagssitzung herzlich begrüßen. (*Wiederum Beifall im Hause.*)

In der Obmännerkonferenz haben wir festgelegt, daß heute keine Mittagspause stattfindet. Wir kommen zu Beginn der Sitzung zur

Fragestunde

1. Ldtgs.Zl. 354/M/28:

Anfrage von Abgeordneter Mag. Cernic an Landeshauptmann Dr. Haider

Der Herr Landeshauptmann ist nicht anwesend.

Ich frage Sie, ob sie die mündlich oder schriftlich beantwortet haben wollen! (*Abg. Mag. Cernic: Mündlich bei der nächsten Sitzung!*) Mündlich bei der nächsten Sitzung. Danke.

Ferlitsch**2. Ldtgs.Zl. 355/M/28:****Anfrage von Abgeordneten Stangl an Landesrat Dörfler**

Der Herr Landesrat ist ebenfalls nicht anwesend. Bitte, Herr Abgeordneter? - (*Abg. Stangl: Mündlich bei der nächsten Sitzung!*)

3. Ldtgs.Zl. 357/M/28:**Anfrage von Abgeordneten Koncilia an Landesrat Dörfler**

Herr Abgeordneter Koncilia? - (*Abg. Koncilia: Mündlich!*) Mündlich bei der nächsten Sitzung.

4. Ldtgs.Zl. 358/M/28:**Anfrage von Abgeordneten Schober an Landesrat Dörfler**

Herr Abgeordneter? - (*Abg. Schober: Mündlich!*) Mündlich bei der nächsten Sitzung.

5. Ldtgs.Zl. 359/M/28:**Anfrage von Abgeordneter Mag. Schaumberger an Landesrat Ing. Rohr**

(*Abg. Mag. Schaumberger: Mündlich!*) Mündlich bei der nächsten Sitzung.

6. Ldtgs.Zl. 360/M/28:**Anfrage von Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Landeshauptmann Dr. Haider**

Herr Abgeordneter? - (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Mündlich in der nächsten Sitzung!*) Mündlich bei der nächsten Sitzung.

7. Ldtgs.Zl. 361/M/28:**Anfrage von Abgeordneten Ing. Eberhard an Landesrat Dörfler**

Herr Abgeordneter? - (*Abg. Ing. Eberhard: Mündlich!*) Mündlich bei der nächsten Sitzung.

8. Ldtgs.Zl. 362/M/28:**Anfrage von Abgeordneten Dr. Strutz an 2. Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ambrozy**

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. KO Dr. Strutz das Wort.*)

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Warum sind Sie nicht dem Beschluß des Kärntner Landtages vom 16. November 2000, wonach Sie aufgefordert wurden, das Projekt "Kärngesund" der Ärztekammer von Kärnten zu unterstützen, nachgekommen?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter! Die Unterstellung, daß ich dem nicht nachgekommen bin, ist falsch. Wir haben im Kärntner Landtag den Beschluß gefaßt, daß die Landesregierung aufgefordert wird, das Projekt "Kärngesund" zu unterstützen. Und es hat mit Zahl: Finanz-184/3/2000 einen Nachtragsvoranschlag gegeben, bei dem 1,3 Millionen ATS in das Projekt "Kärngesund" bereitgestellt worden sind. Das ist auch entsprechend ausgezahlt worden - wie vereinbart. Und damit ist diese einmalige Unterstützung für die Startphase - wie sie vereinbart war - entsprechend eingehalten worden. Und daher sind auch in den Landesvoranschlägen 2001 und 2002 vom Finanzreferenten keine weiteren Mittel zur Verfügung gestellt worden, weil damit dieser Beschluß erfüllt worden ist.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Gibt es von der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? - Scheint nicht der Fall zu sein! Von der ÖVP-Fraktion? - Ebenfalls nicht der Fall! Dann hat der Anfrager eine Zusatzfrage. Bitte!

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Ich glaube, daß das Projekt "Kärngesund" der Ärztekammer ein durchaus weiterhin zu unterstützendes und zu förderndes ist. Die Startphase wurde, wie Sie richtig festgestellt haben, unterstützt.

Ich frage Sie: Sind Sie bereit, dafür Sorge zu tragen, daß über den Kärntner Krankenanstaltenfonds eine weitere finanzielle Unterstützung dieses Projektes gegeben sein kann?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die Kärntner Ärztekammer hat das Projekt "Kärngesund" aufgestellt und ein Art Selbstbehaltmodell für die Gesundenuntersuchung im Rahmen dieses Projektes entwickelt. Das heißt es sind Untersuchungen, die bisher in der Gesundenuntersuchung nicht enthalten sind, aufgenommen worden und dafür soll der Patient einen entsprechenden Kostenbeitrag leisten, damit diese Untersuchungen durchgeführt werden können. Die Kärntner Ärztekammer ist damals an das Land herangetreten und hat die Meinung vertreten, daß dieses Projekt beworben werden muß, damit die Kärntner Bevölkerung im entsprechenden Ausmaß dieses Angebot auch annimmt und bereit ist, den Beitrag zu leisten. Das hat die Kärntner Landesregierung getan, wobei auch von der Ärztekammer klar zum Ausdruck gekommen ist, daß sie den Beitrag des Landes - und das sind immerhin 1,3 Millionen Schilling gewesen - dazu braucht, um das Projekt zu implementieren und die entsprechenden Marketing- und Werbemaßnahmen zu setzen. Das ist auch geschehen.

Nur möchte ich hier einmal grundsätzlich die Frage stellen, ob das der richtige Weg ist, den wir im Rahmen unseres Gesundheitssystems gehen nämlich, daß wir Gelder aufwenden, um bestimmte Aktionen der Ärztekammer, um Patienten in die Ordinationen zu bringen, werblich zu unterstützen? Ich vertrete hier eine andere Auffassung und da möchte ich auch nicht hinter dem Berg halten. Denn ich bin der festen Überzeugung, wenn wir weiterhin ein Gesundheitssystem haben wollen, das allen den gleichen

Zugang in gleicher Weise sicherstellt, dann sollten wir eher darüber nachdenken, ob es nicht sinnvoller wäre auch im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Medizin den Katalog jener Untersuchungen zu überprüfen und auszuweiten, die im Rahmen der Gesundenuntersuchung allen in der Bevölkerung zur Verfügung gestellt sind. Daher halte ich es für weitaus sinnvoller, daß wir die Diskussion auf dieser Ebene führen, als durch Werbeaktionen etwas zu tun, was - wie wir wissen - von der Bevölkerung nicht in dem Maße angenommen wird, wie es sein soll. Ich bin daher nicht der Meinung, daß wir Parallelstrukturen aufbauen sollten, sondern daß wir als öffentliche Hand die Aufgabe haben, unser Gesundheitssystem so zu organisieren, daß die Einrichtungen, die geschaffen sind - und das sind die Gesundenuntersuchungen - so ausgebaut werden, daß sie angenommen werden, noch besser angenommen werden und auch der Untersuchungskatalog dem entspricht, was im Rahmen einer Gesundenuntersuchung notwendigerweise gemacht werden soll. Das halte ich für den sinnvolleren Weg. Und darüber hinaus würde damit auch sichergestellt sein, daß wir nicht in Bereichen Geld ausgeben, in denen wir eigentlich die Zuständigkeit nicht haben, sondern die liegt bei den Sozialversicherungsträgern.

Und wenn ich mir etwa die Rekordentwicklung bei der außerbudgetären Verschuldung unseres Budgets ansehe, wo wir im Jahre 2003 mit Sicherheit einen Rekordwert insgesamt in Kärnten erreichen werden, dann werden wir langsam aber sicher schon nachdenken müssen, ob wir - nur um entsprechende Wahlzuckerln zu verteilen - aus dem Landesbudget Mittel aufwenden, die eigentlich andere zahlen sollten. Und wenn wir nachhaltig eine Verbesserung unseres Budgets zustande bringen wollen, dann sind diese Bereiche im besonderen Maße zu beachten. Daher würde ich meinen - aber ich bin ja nicht der Finanzreferent, der ist ja heute nicht hier ... Daher bin ich der Meinung, daß wir schon ein wenig auch das Kärntner Landesbudget und unsere Finanzen im Auge behalten sollten und nicht nur einen Wahltermin, der im nächsten und übernächsten Jahr vor der Tür steht. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Damit ist die Anfrage 8 beantwortet. Wir kommen zur Anfrage

9. Ldtgs.Zl. 363/M/28:

Anfrage des Abgeordneten Jost an Zweiten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ambrozy

Ich bitte, die Anfrage zu stellen! (*LH-Stv. Dr. Ambrozy: A so, bin ich schon wieder dran!*)

Abgeordneter **Jost** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ambrozy! Welcher Personenkreis kommt in den Genuß von reservierten Parkplätzen im Gelände des LKH Klagenfurt, während Hunderte andere Bedienstete unter der Parkraumnot leiden?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter! Ich will ja nicht polemisch werden, aber eines möchte ich schon sagen, daß hier immer wieder Anfragen gestellt werden, die einen Bereich betreffen, den wir eigentlich ausgliedert haben, damit diese operativen Dinge von jenen durchgeführt werden, die dafür auch ordentlich bezahlt werden. Und der Abgeordnete Jost weiß es genauso wie ich, daß mir eigentlich als Krankenanstaltenreferent in diesen Bereichen überhaupt keine Eingriffsmöglichkeit zukommt, weil zuständig dafür das Direktorium des Krankenhauses Klagenfurt ist und sonst niemand. Ich habe nicht einmal die Möglichkeit durch Weisungen oder Ähnliches das zu verändern. Das hat kaum der Vorstand der Krankenanstalten-Betriebsgesellschaft und schon gar nicht der Krankenanstaltenreferent. Daher halte ich es für relativ lächerlich - muß ich fast sagen, daß hier immer wieder versucht wird, mir Zuständigkeit zuzuordnen, zu unterstellen, damit man eine Neiddiskussion führen kann, daß welche Parkplätze haben oder welche nicht.

Aber ich habe selbstverständlich, damit ich das Hohe Haus in vollem Umfange informieren kann, die Direktion des Krankenhauses Klagenfurt ersucht, mir eine ausführliche Stellungnahme zu Ihrer Frage zu geben und ich möchte Ihnen diese Stellungnahme zur Kenntnis bringen.

“Das LKH Klagenfurt hält zur Parkplatzsituation am LKH-Gelände folgendes fest:

1. Auf dem LKH-Gelände stehen insgesamt 958 Parkplätze, davon 70 Plätze für reservierte Personengruppen und 32 Behindertenparkplätze zur Verfügung. Das heißt also von 958 Parkplätzen sind knapp 100 (also ein Neuntel) einer reservierten Personengruppe, wobei davon wieder 32 Behinderte sind, zugeordnet. Die vorhandenen reservierten Parkplätze sind reserviert nach den Richtlinien des Krankenhauses: für die Direktoren des Krankenhauses, für die Abteilungsleiter und medizinischen Vorstände, für den Patientenanwalt, für den Rektor der katholischen Seelsorge, für den Rektor der evangelischen Seelsorge, dann - wie gesagt - für die Behinderten, dann für die Hypothekenbank, die dort auch eingemietet ist, für den Betriebsrat, für entsprechende Journaldienste, für die ja Parkplätze vorgesehen werden müssen; für den psychiatrischen Not- und Krisendienst, für die Heilanstaltenschule und gesonderte Parkplätze für die Dialysepatienten.
2. Weiters stehen auf dem Parkplatz im Bereich des Rot Kreuz Grete-Bittner-Straße-Geländes 261 Parkplätze inklusive zwei Behindertenparkplätze für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landeskrankenhauses Klagenfurt zur Verfügung.
3. Schließlich wurden beim Haupteingang Feschmigstraße im August des Jahres zur Entschärfung der Parkplatzsituation ein Parkplatz mit 110 Abstellplätzen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landeskrankenhauses Klagenfurt freigegeben. Gleichzeitig wurde vom Direktorium festgelegt, keine zusätzlichen reservierten Parkplätze auf dem LKH-Gelände zu vergeben.
4. Die Inanspruchnahme der PKW-Abstellplätze für die Mitarbeiterinnen und Mitar-

Dr. Ambrozy

beiter des Landeskrankenhauses Klagenfurt ist unentgeltlich. Da der Parkplatz beim Haupteingang Feschnigstraße noch nicht zur Gänze ausgelastet ist, entspricht es nach Angaben der Verwaltungsdirektion nicht den Tatsachen, daß Hunderte Bedienstete unter Parkraumnot leiden. Die Schaffung weiterer Parkplätze werden die Planungen im Zuge der Umbauarbeiten auf dem LKH-Gelände mit sich bringen.“

Soweit die Stellungnahme der Verwaltungsdirektion, die ich damit zur Information des Hohen Hauses weitergegeben habe. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Gibt es von der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage?
- Das ist nicht der Fall! Von der ÖVP-Fraktion?
- Auch nicht der Fall! Bitte, Herr Abgeordneter, haben Sie eine Zusatzfrage?

Abgeordneter **Jost** (FPÖ):

Es gibt halt für einen Abgeordneten nur die Möglichkeit über die Anfrage, solche Antworten zu bekommen.

Meine Zusatzfrage, Herr Dr. Ambrozy: Treten Sie dafür ein, daß die Anzahl von Behindertenparkplätzen im Gelände des LKH-Klagenfurt erhöht wird, weil ja doch ein größerer Bedarf besteht als vermutlich die 32 Plätze, die da dafür vorgesehen sind?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Herr Abgeordneter! Wenn es also so ist, daß die Behindertenparkplätze in zu geringer Zahl vorhanden sind, dann werde ich das Direktorium auffordern, in ihrem Bereich Maßnahmen zu

setzen, damit die Behindertenparkplätze ausgeweitet werden. Ich halte das für eine durchaus richtige und vernünftige Maßnahme. Wobei ich dazu sagen will, weil von Parkplatzbeschaffung im Rahmen der Umbaumaßnahmen gesprochen wurde. Wie Sie wissen, ist ja im Projekt “LKH-neu” eine generelle Verkehrslösung auch im LKH-Klagenfurt vorgesehen, wonach man im wesentlichen versuchen wird oder auch umsetzen wird verkehrsfreie Zonen und Konzentration aller Parkflächen im Rahmen eines entsprechenden Parkhauses oder wie immer das dann von den Architekten gelöst werden wird. Was mir auch am sinnvollsten erscheint, weil in Wahrheit ist es ja auch für jemanden, der zu Fuß im Krankenhaus unterwegs ist, nicht angenehm, daß eine so große Zahl von Fahrzeugen im Krankenhaus vorhanden ist. Das schreit aus meiner Sicht nach einer Verkehrslösung, weil - ich glaube - es soll eine verkehrsberuhigte Zone sein und eine vernünftige Parkraumlösung am Nordende des Krankenhauses herbeigeführt werden. Aber das wird - soweit ich das heute sagen kann - noch bis rund 2008 dauern. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Damit ist die 9. Anfrage erledigt. Wir kommen zur

10. Ldtgs.Zl. 364/M/28:**Anfrage des Abgeordneten Mag. Dr. Kaiser an Landesrat Ing. Rohr**

Rohr ist nicht anwesend, er ist entschuldigt. Ich frage Sie, ... *(Abg. Mag. Dr. Kaiser: Mündlich in der nächsten Sitzung!)* Mündlich, in der nächsten Sitzung!

Damit sind wir am Ende der Fragestunde. Wir kommen zur

Aktuelle Stunde

Es liegt ein entsprechender Antrag des SPÖ-Klubs vor. Nach dem Rotationsprinzip ist die SPÖ an der Reihe. Das Thema lautet “Kontrolle

der Pflegeheime”.

Ich erteile Herrn Klubobmann Adi Unterrieder

Ferlitsch

dazu das Wort!

Abgeordneter **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Der Anlaß für die heutige Sondersitzung des Kärntner Landtages ist das Vorkommnis im Bereich eines Pflegeheimes in der Stadt Villach. Und ich bin eigentlich sehr froh als sozialdemokratischer Redner zum Thema der Aktuellen Stunde, daß dieser Anlaßfall - so traurig das Ganze ist und was zur Schließung in solchen Einrichtungen führt -, daß es dazu geführt hat, daß die Forderung der Soziallandesrätin nach mehr Personal in diesem Bereich und wir haben ja ... Ich war damals Vorsitzführender, Erster Präsident bei der Schaffung des Heimgesetzes und damals war die Debatte auch sehr vielschichtig. Man hat zum Teil oft nicht den Menschen in den Vordergrund gestellt gehabt, sondern man hat auch Interessen und Lobbyismus hier betrieben.

Es sind 2.700 Menschen in rund 45 Kärntner Alten- und Pflegeheimen und Betreuungsstätten. Es wurde durch diese Novelle heute ... Ich bin sehr dankbar allen Fraktionen von meiner Seite her, daß diese Übereinstimmung stattfinden konnte.

Denn die Debatte, die zuerst geführt wurde, war sehr verantwortungslos, seitens des Herrn Landeshauptmannes, daß man dann eine Huschpusch-Kontrolleinrichtung so quasi hier beauftragt, um etwas nachträglich zu sanieren - was vorher leicht möglich gewesen wäre, wenn man den realistischen Personalwünschen im Bereich des Sozialreferates zugestimmt hätte.

Es hat, wie immer, die Debatte gegeben. Und hier gibt es gewaltige Unterschiede zwischen der Einstellung der Parteien. Wir sind dafür, daß Kontrolle erfolgt! Heute hat es den Kompromiß gegeben, daß Kontrolle in diesen Einrichtungen eben von Seiten des Landes vorgesehen wird und, nachdem die Landesrätin ja die Bescheide dazu erlassen muß, daß die Möglichkeit besteht, hierbei auch außerhalb des Landesdienstes Kontrollen zuzulassen. Das war heute einer der Knackpunkte in der Diskussion im Sozialausschuß, den wir zu bewältigen hatten.

Es ist wichtig, daß diese Zusage hält. Es wurde

diese Zusage gegenüber der Landesrätin heute im Ausschuß fixiert. Man sollte das vor der Regierungssitzung noch einmal fixieren, und wir sollten in der nächsten Budgetdebatte diese Personalzusagen seitens der Freiheitlichen Partei - der Personalreferent, der Herr Landeshauptmann, ist ja freiheitlich - verifizieren und festschreiben, damit die Bettelei aufhört, denn es ist im Sinne der Qualität der Einrichtungen für die Menschen.

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Im Mittelpunkt dabei steht der alte Mensch - Mann oder Frau -, der solche Einrichtungen benötigt; der alte Mensch, der die Gewähr haben muß, daß die Qualität dieser Einrichtungen einen hohen Standard hat - es ist ja das Ganze nicht allzu billig - und vor allem, daß die Kontrolle hierbei auch gut funktioniert.

Wir sind dagegen, daß man den Bereich der Kontrollen immer mehr auf andere Ebenen ausgliedert. Wir haben das ja sehr negativ miterlebt, wie es um das Glücksspielgesetz gegangen ist, wo man gesagt hat, man werde private Sheriffs einstellen, die das Ganze kontrollieren sollten. Es hat nicht funktioniert, es hat nicht hingehaut! Das ist ein Beispiel, wie Kontrolle nicht sein darf: im Sinne der Menschen, die in diesen Einrichtungen untergebracht sind.

Dieselbe Debatte findet immer wieder statt, wenn es um die Sicherheit geht, in vielen Bereichen. Der letzte Besuch des Herrn Innenministers hat mich auch nicht ganz hoffnungsfroh gestimmt, wo man sagt, man müsse parallel zu etwas mehr Personal - (*Vorsitzender: Eine Minute noch!*) das man zuerst weggestrichen hat; es kommt jetzt wieder - auch Privaten die Möglichkeit geben, hierbei tätig zu werden.

Ich glaube, wir sollten die Kontrolle dort belassen, wo sie hingehört! Die Kontrolle in diesem Pflegeheimbereich, in den Bereichen, wo die alten Menschen untergebracht sein, muß von der Landesrätin so gestaltet werden, daß man sicherstellen kann, daß die Leute, die in diesen Heimen sind, Qualität und gute Unterbringung haben! In diesem Sinne noch einmal: Ich sehe das positiv, nach einer vorher sehr verantwortungslosen Debatte in der Öffentlichkeit. Ich darf der Landesrätin gratulieren: Sie hat sich dabei mutig und tapfer geschlagen, und das heutige Ergebnis ist der Lohn für deinen Einsatz, Frau Landesrä-

Unterrieder

tin, so daß wir für die alten Menschen eine positive Entscheidung treffen können!

In diesem Sinne werden wir der Vorlage des Heimgesetzes mit der Maßgabe, daß die zwei Posten sichergestellt werden - durch den Personalreferenten in Gesprächen vor der nächsten Regierungssitzung, wie ich vom Herrn Klubobmann Strutz hörte, und durch Fixierung in der Landtagsbudgetdebatte, daß das dann so stattfindet -, hier die Zustimmung geben können! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion. - Vorsitzender: Danke! Die Redezeit betrug ganz genau 5 Minuten 18 Sekunden.)*

(Der Vorsitzende erteilt Klubobmann Abg. Dr. Strutz das Wort.)

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Lieber Kollege Unterrieder, so sehr ich deine Wortmeldung jetzt geschätzt habe, die letzten Sätze haben eine sehr wichtige und essentielle Debatte doch ein bißchen ins Lächerliche gezogen: wenn du deiner Landesrätin jetzt gratulierst, wie toll und wacker sie sich geschlagen hat.

Ich glaube, wir sollten gerade in diesem sehr emotionalen und sehr sensiblen Sozialbereich nicht versuchen, hier politisches Kleingeld zu wechseln. Ich halte nichts von Schlagzeilen: "Pflegebedürftige schutzlos Heimbetreibern ausgeliefert". Wo die Kompetenz, wo die Verantwortungen für diesen Bereich liegen, ist ebenfalls klar, nämlich bei der Soziallandesrätin! *(Zwischenruf der Abg. Wulz)* Aber, lassen wir es dabei bewenden. - Es ist traurig, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratischen Partei, daß immer zuerst etwas passieren muß, damit auch etwas geschieht und damit etwas passiert! *(Aufregung in der SPÖ-Fraktion)* Aber ich verwehre mich dagegen, daß wir jetzt eine Abrechnung machen, sondern ich habe mich gerade in einem sehr emotional geführten Ausschuß dafür verwendet, daß wir heute zu einer Lösung dieses Problems kommen.

Kollege Unterrieder, es ist nicht das Personal das Problem, sondern die mangelnde Prüfungsmöglichkeit. Das ist das Problem, das letztlich auch heute zu einer Korrektur und zu einer ge-

setzlichen Maßnahme führt. Es ist nicht das Personal das Problem! Wenn ich darauf verweisen darf, daß beispielsweise 15.000 Kinder - Adam, paß auf, 15.000 Kinder! - in den verschiedenen Kindergärten, in den verschiedenen Kindergruppen, in den Horten untergebracht sind, eine Inspektorin im zuständigen Verantwortungsbereich kontrolliert, und es funktioniert ebenfalls. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Das Problem, liebe Freunde, ist: Man kann nicht nur ständig nach „mehr Personal!“ rufen. Man muß auch in seinem Zuständigkeitsbereich - so, wie es notwendig ist - die legislativen Maßnahmen setzen und ist dafür verantwortlich, daß auch sein Zuständigkeitsbereich funktioniert. Aber es ist gut, daß Private die Vorfälle angezeigt haben, denn sonst wäre nichts geschehen! Es ist gut, daß wir den Landtag einberufen haben, damit die Landesrätin endlich aufwacht und auch einen Gesetzesvorschlag vorgelegt hat! Und es ist gut, daß wir heute eine einvernehmliche Lösung erzielen konnten, wo sich alle drei Parteien damit identifizieren können, damit wir heute dieses Gesetz beschließen: damit zukünftig Kontrollen möglich sind und damit zukünftig derartige Mißstände nicht mehr vorkommen können!

Ich möchte abschließend auch zum Personal einen Punkt erwähnen, der von dir angesprochen wurde. Selbstverständlich ist der Landeshauptmann, selbstverständlich ist auch er als Personalreferent dort, wo es Mißstände gibt, dazu bereit, auch zu verstärken. Es wird vor der nächsten Regierungssitzung - das weiß die Frau Landesrätin - ein Gespräch geben, damit wir hier konkret ein Projekt erarbeiten und es auch zu einer zufriedenstellenden Lösung kommen kann. Denn ich glaube, es sollte nicht am Rücken der sozial Schwachen, es sollte nicht am Rücken der Pflegebedürftigen hier politisches Kleingeld gewechselt werden. Wir wissen, wer zuständig ist. Dort soll Ordnung gemacht werden! Wenn das nicht der Fall ist, wird der Landtag tätig. Er ist eben tätig geworden: Wir beschließen heute ein Gesetz. Ich glaube, das ist rasches Handeln, das mehr als an der Zeit war. Da brauchen wir jetzt kein politisches Kleingeld zu wechseln. Freuen wir uns, daß wir gemeinsam etwas Besseres weitergebracht haben! Und daran hat jeder seinen Anteil und kann sich selbst auf die Schulter klopfen! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion. -*

Dr. Strutz

Vorsitzender: Die Redezeit betrug 3 Minuten 48 Sekunden.)

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Sablatnig das Wort.)

Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Zunächst einmal bin ich froh darüber, daß es dazu endlich einen Gesetzentwurf gibt, der hier in diesem Haus abgestimmt werden kann. Das Kärntner Heimgesetz besteht bereits seit 1994. Es gäbe genug Zeit, das Kärntner Heimgesetz auch an die neuen Erfordernisse im Bereich der Altenpflege anzupassen. *(Abg. Unterrieder: Kannst du dich nicht daran erinnern, was ich damals gesagt habe?!)*

Geschätzte Damen und Herren! Wir wissen genau, daß die Gesellschaft sich ganz massiv verändert und daß wir immer mehr ältere Menschen haben, die im Familienverband nicht mehr ausreichend oder überhaupt nicht mehr gepflegt werden können. Die Singlehaushalte sind es, die Problematik der Mehrfachbeschäftigung von Familienmitgliedern führt dazu, daß ältere Mitbürger eine professionelle Hilfe brauchen.

Wir waren daher immer der Meinung, daß die Hauskrankenpflege massiv ausgebaut werden muß, mit der Überlegung "Daheim und nicht im Heim" die Hilfe von außen zukaufen zu können, damit die Menschen ein selbstbestimmtes Leben in ihren vier Wänden oder in ihrer Wohnung führen können. Erst wenn das im Familienverband oder in den eigenen Wohnräumlichkeiten nicht mehr möglich ist, dann ist sozusagen der vierte Lebensabschnitt für die Menschen vorzusehen, daß die Menschen auch in Pflegeheimen ihr Leben gestalten können. Was dabei aber für uns besonders wichtig ist: Das Leben muß qualitativ hochwertig gestaltet werden können. - Dazu braucht es Einrichtungen. Die Kärntner Landesregierung hat einen ausführlichen "Sozialwohnbauplan" beschlossen, wonach viele zusätzliche Pflegeheime in unserem Bundesland errichtet werden, um dieser Bevölkerungsaltersstruktur gerecht zu werden.

Wir bekennen uns aber auch zu den Familienpflegestellen, weil die Familienpflegestellen dezentrale Pflege sicherstellen. Diese Familien-

pflege muß aber qualitativ jenen angepaßt sein, wie sie in Pflegeheimen angeboten werden. Dazu braucht es, aus unserer Sicht, zusätzliche finanzielle Mittel; dazu braucht es, aus unserer Sicht, qualitativ gut ausgebildete Mitarbeiter. Wenn Leiter, Betreiber von Familienpflegestellen, diese Ausbildung selbst nicht nachweisen können, haben sie diese Dienstleistung zuzukaufen: entweder durch die Anstellung von Fachpersonal bzw. durch das Einbeziehen der Sozialträgerorganisationen, die über diese qualitativ gut ausgebildeten Mitarbeiter verfügen.

Geschätzte Damen und Herren! Die dezentralen Pflegeeinrichtungen führen auch dazu, daß die älteren Mitbürger im dritten oder vierten Lebensabschnitt nicht zu Pendlern werden. Sie können im Rahmen ihrer Umwelt, im Rahmen ihrer Gemeinde, ihren Lebensabend verbringen und haben trotzdem qualitativ hochwertige Pflegeangebote.

Das führt dazu, daß es auch für die Menschen im ländlichen Raum zusätzliche Erwerbsmöglichkeiten gibt. Die Kosten, die in den Familienpflegestellen anfallen, sind in der Regel um einiges günstiger als in größeren Pflegeheimen. Es muß aber immer individuell vom Zustand des zu Pflegenden beurteilt werden, in welchem Heim, in welcher Pflegestelle, er die Dienstleistung erbringen läßt.

Geschätzte Damen und Herren! Ich glaube, daß wir in der Lage waren, das Gesetz doch um einiges zu verändern. Die ursprüngliche Gesetzestextierung hat vorgesehen, daß es bei Familienpflegestellen verpflichtend wäre, Personal zuzukaufen, anzustellen. Das wäre finanziell für die Familienpflege nicht zu ertragen. Wir haben daher den Passus eingebaut, daß man von professionellen Pflegeorganisationen Dienstleistungen zukaufen kann.

Hinsichtlich der Kontrolle vertreten wir den Standpunkt, *(Vorsitzender: Noch eine Minute Redezeit!)* daß es möglich sein soll, Interne (sprich Landesbedienstete) mit der Kontrolle zu beauftragen, aber auch externe Fachleute bzw. Sachverständige mit der Kontrolle zu betrauen, damit die Leistung, die vom Land über eine Verordnung zu definieren ist, tatsächlich erbracht wird. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Kollmann das

Sablatnig

Wort.)

Abgeordneter **Kollmann** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Nach den Wortmeldungen der Vorredner, dem Kollegen Jost, Kollegen Dr. Strutz und Kollegen Sablatnig, muß man sich eigentlich die Frage stellen: Wer hat diese Sondersitzung beantragt? - Das war doch die Freiheitliche Partei!

Wenn Kollege Sablatnig meint „1994“, dann müßte er eigentlich ganz genau wissen, daß das Gesetz mit 1. 1. 1996 in Kraft getreten ist. Es hat sehr langer Verhandlungen bedurft, daß das Gesetz überhaupt über die Runden gekommen ist. Ich möchte schon darauf hinweisen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß nicht erst nach dem Skandal in Villach, der zutage getreten ist, sondern schon lange vorher auch Bemühungen der Sozialdemokraten in der Regierung waren, zum Heimgesetz die notwendige Verordnung zu erlassen. Diese Heimverordnung wurde eingebracht, wurde aber nicht beschlossen, meine sehr verehrten Damen und Herren - das muß hier auch gesagt werden -, worin nämlich auch die Qualitätsstandards festgeschrieben sind. Ich glaube, das sollte man, wenn man Revue passieren läßt, was alles geschehen ist und was passiert ist, auch hier im Kärntner Landtag bringen.

Und diese Heimverordnung - wo nämlich die Qualitätsstandards auch festgeschrieben sind, meine sehr verehrten Damen und Herren, wurde eingebracht und nicht beschlossen - daß das auch hier gesagt wird. Und ich glaube, man sollte das auch - wenn man schon Revue passieren läßt, was alles geschehen und was passiert ist - hier im Kärntner Landtag, auch bringen. Aber allgemein, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist festzuhalten, daß über die derzeitige Regelung, sowie sie derzeit besteht, daß bei 3 Patienten keine Bewilligungspflicht von Seiten des Landes notwendig ist, hier Übereinstimmung besteht. Und ich bin sehr froh darüber, daß diese Familien ... , also daß dann diese Aufnahme in das neue Gesetz stattfinden wird.

Und ich glaube aber auch, daß gerade die Diskussion 1995, meine sehr verehrten Damen und Herren, gezeigt hat, daß die damalige Sozialreferentin Karin Achatz sowie auch die Sozialdemo-

kraten für die volle Meldepflicht eingetreten sind. Wir haben kein einziges Gutachten gehabt von den begutachtenden Organisationen, ob das Caritas, Pflegeanwalt - Entschuldigung, Patientenanwalt - und dergleichen mehr waren. Sie haben uns jedenfalls geraten, wir sollten bereits ab einer Person - wenn sie außerhalb des Familienverbandes gepflegt wird - die Meldepflicht einführen. Und wir haben solange gebraucht bis wirklich ein Vorfall aufgetreten ist, um dann etwas in der Öffentlichkeit als Anlaß zu haben, daß dieses Gesetz in diese Richtung auch geändert wird. Und meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war der Kollege Sablatnig 1995 (*Abg. Sablatnig: 1994!*) ein vehementer Verfechter, daß wir im Heimgesetz nicht ab 3 Pflegebedürftigen, sondern er hat sogar gesagt 8 Personen; 8 Personen können ohne Bewilligung, ohne Bewilligung sollte das so in die Richtung gehen. (*Abg. Sablatnig: Das ist ein Irrtum Kollege!*) Und es mußte, meine sehr verehrten Damen und Herren, ... und wir haben in der Verhandlung - das möchte ich schon sagen - einen Kompromiß erreicht, nämlich daß dieses Gesetz ab drei pflegebedürftigen Personen einstimmig dann auch im Kärntner Landtag in diese Richtung beschlossen wurde. Nur daraus die Konsequenzen zu ziehen und die Heimverordnung zu erlassen, hat man nicht ... davon hat man nichts gehalten. Und ich glaube, wenn wir heute diese Änderung des Heimgesetzes beschließen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann hat auch eine Verordnung, eine Durchführungsverordnung, stattzufinden, wo im Bereich der Qualitätssicherung eine Überprüfung der Maßnahmen, insbesondere durch die Einhaltung einheitlicher festgelegter Pflegestandards, durchzuführen ist zum Beispiel, eine Überprüfung der Höchstzahl der zu betreuenden Personen, die Überprüfung der fachlichen Ausbildung des Personals und auch die Überprüfung der räumlichen Ausstattung. Es ist auch auf den Betreuungsschlüssel, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie er auch auf internationalen Standards bereits festgelegt ist, hinzuweisen. Und es auch eine Vereinheitlichung der Dokumentationspflicht ganz ganz notwendig. Es hilft nicht, wenn dann ein Kontrollorgan hinausgeht und keine Dokumentation, auch bei einer Einzelbetreuung, stattfindet. Und auch diese Verpflichtung einer einheitlichen Dokumentation muß in

Kollmann

dieser Verordnung festgeschrieben werden, wenn wir die Kontrolle wollen und auf der anderen Seite auch Maßnahmen der pflegerischen Qualität (*Vorsitzender: Eine Minute Redezeit noch!*) treffen wollen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Und noch einen Satz dazu. Der Gedanke des Kollegen Jost, der Pflegeanwalt soll auch die Kontrolle durchführen, ist meines Erachtens grundsätzlich abzulehnen und zwar aus einem gewissen Grund heraus. Ich glaube, daß die Aufgabe eines Pflegeanwaltes und einer Anwaltschaft generell jene ist, daß sich hier die Betroffenen beschweren können und nicht auf der anderen Seite auch die Kontrolle durchgeführt wird und womöglich dieser Pflegeanwalt auch zugleich zuständig ist für Sanktionen. Hier muß es beim Land verbleiben, diese Kontrollmöglichkeit. Die Kontrollmöglichkeit muß beim Land verbleiben, wenn auch - selbstverständlich mangels an Sachverständigen - andere beigezogen werden, dann ist das überhaupt gar kein Problem, sondern es muß die Möglichkeit aufrechtbleiben und es kann nur das Land (*Vorsitzender: Die Redezeit ist zu Ende!*) für die Kontrolle zuständig sein. Wir sind es der älteren Generation, die pflegebedürftig ist, schuldig, sie so unterzubringen, daß sie auch menschenwürdig untergebracht wird. Danke. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Jost das Wort.*)

Abgeordneter **Jost** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Kollege Kollmann hat mir das Stichwort gegeben: Einheitliche Pflegedokumentation. Das ist vollkommen zu unterstützen und wir haben auch einen entsprechenden Antrag vorbereitet. Nur, frage ich Sie: Warum ist es in den vergangenen drei Jahren nicht passiert oder in den vergangenen fünf Jahren? (*Abg. Kollmann: Weil eure Fraktion das abgelehnt hat! – Mehrere gleichzeitige Zwischenrufe aus der SPÖ-Fraktion. - Lärm im Hause.*) Es hat Sie niemand daran gehindert, diese Dinge auch durchzuführen. (*Zwischenrufe von Abg. Mag. Cernic.*) Und ... da kommen wir zum Kern des Problems! Da kommen wir zum Kern des Problems! Die letzten Jahre waren in Bezug auf die Heimkontrolle ver-

lorene Jahre. Es hat hier kaum Fortschritte gegeben. Und da können wir uns ja ... es hat auch hier in diesem Haus keine besonderen Initiativen geben. Da muß man ja nicht die Verantwortung hier auf einzelne focussieren, sondern da sind wir ja auch alle zuständig. Und aus diesem Grund war es durchaus richtig, daß der Landeshauptmann hier diesen Sonderlandtag verlangt hat, in dem wir auch über diese Dinge sprechen können. Der erste Punkt wäre eben die einheitliche Pflegedokumentation; der zweite Punkt, meine Damen und Herren - und das ist vielleicht überhaupt der entscheidende und das haben wir vielleicht bisher vergessen zu sagen - es geht ja auch einmal darum, die Zufriedenheit der Mitarbeiter in den ganzen Einrichtungen zu sichern. Und auch da gibt es keine einheitlichen Vorschriften, daß überall gleich bezahlt wird und daß die Mitarbeiter auch eine anständige Entlohnung bekommen. Mir ist ein Fall bekannt. In einem Klagenfurter Heim wird eine Bedienstete, die in er Nacht für über 20 Insassen zuständig ist, nach dem Gastgewerbekollektivvertrag bezahlt. Also, das sind Mißstände die man auch im Zuge einer Kontrolle hier beheben müßte.

Aber der ganz wesentliche Punkt - wenn wir also über eine forcierte Kontrolle sprechen - liegt ja darin, daß wir einmal einen Katalog entwickeln müssen, nach dem die amtlichen oder auch die externen Prüfer vorgehen müssen. Auch ein solcher Qualitätskatalog fehlt und da brauchen wir ja nur in andere Bundesländer schauen, die teilweise weiter sind als wir. Im Burgenland hat man so einen Katalog entwickelt. Und mit diesem Katalog gehen die Prüfer in alle Heime und da ist unter anderem ja auch ein Interview oder ein Gespräch mit den Heiminsassen vorgesehen, wie zufrieden sie über die Betreuung sind. Und am Ende gibt es dann eine Auswertung und man bekommt auch vergleichbare Daten. Das ist ja das Entscheidende. Wir müssen hier versuchen, daß wir zu einem Stadium kommen, wo wir sagen können, es wird Gleiches mit Gleichem verglichen. Wir haben einen genauen Überblick, welche Qualität die verschiedenen Heime bieten, wo sind die einen besser als die anderen. Da gibt es ja durchaus auch verschiedene Variationen. Aber eine solche Übersicht muß einmal erstellt werden und dann können wir hier besser Maßnahmen setzen. All diese Dinge wurden in den ver-

Jost

gangenen Jahren leider verabsäumt. Und es ist hier auch die Rede von den Prüfern gewesen. Ja, es ist keine Glaubensfrage für uns, ob das jetzt amtliche oder externe, private Prüfer machen müssen.

Das Entscheidende war, daß sich mit diesem bedauerlichen Vorfall in Villach gezeigt hat, daß es hier ein Defizit gibt. Und, wenn ich mich nur darauf verlassen würde, daß ich zusätzliche Beamte anstelle - das wissen wir alle - dann muß ein Ausschreibungsverfahren durchgeführt werden und es dauert eine gewisse Zeit, bis man diese qualifizierten Fachkräfte gefunden hat. *(Vorsitzender: Die Redezeit beträgt noch eine Minute!)* Und was passiert in der Zwischenzeit? Aus diesem Grund war unser Vorschlag, daß man hier gerichtlich beeidete Sachverständige heranzieht. Gutachter, die gut genug sind, um in gerichtlich oder strafrechtlich relevanten Fragen hier Beurteilungen abzugeben, werden hier wohl auch fürs Land gut genug sein, um auch die Qualität eines Heimes hier einer Überprüfung unterziehen zu können. Und man hätte dieses Projekt einmal laufen lassen können. Und wenn man nach einer gewissen Zeit draufkommt, diese Art der Kontrolle reicht nicht - wir sind überzeugt, daß sie reichen würde - aber wenn sie nicht reicht, kann man hier noch immer den Beamtenstab aufstocken. Aber, das soll keine Glaubensfrage sein. In erster Linie geht es um die Qualität der Betreuung in den Altersheimen, wobei man ja auch eines feststellen muß, man braucht für fast alle Dinge in unserer Gesellschaft einen bestimmten Befähigungsnachweis, aber für die Errichtung von Heimen brauche ich gar nichts. Auch über dieses Thema müßte man einmal reden. Es geht hier darum, die *(Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen! Ich bitte, zum Schluß zu kommen!)* Qualität zu sichern und - und darauf lege ich auch Wert - wir müssen auch schauen, daß die Zufriedenheit der Mitarbeiter in den Heimen gegeben ist. Denn nur zufriedene Mitarbeiter können auch eine gute Versorgung der alten Menschen gewährleisten, die wir hier alle wollen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Die Redezeit betrug 5 Minuten 23 Sekunden.

Als Nächste zu Wort gemeldet, ist Frau Abgeordnete Mag. Scheucher. Ich darf Sie bitten, zu sprechen!

Abgeordnete **Mag. Scheucher-Pichler** (ÖVP):

Herr Präsident! Frau Landesrätin! Hoher Landtag! Der Herr Kollege Kollmann hat gemeint, er weiß nicht so genau, wieso es heute zu einer Sonderlandtagssitzung gekommen ist. Das haben Vorredner auch gemeint. Es ist wieder so eine Art Anlaßgesetzgebung. Ich muß sagen - wie auch immer - ich freue mich, daß wir uns in wirklich intensiven Beratungen im Sozialausschuß darauf geeinigt haben, dieses Heimgesetz zu novellieren. In dem vorliegenden Vorschlag sind, glaube ich, alle Interessen und alle Vorschläge miteingebaut worden. Und ich glaube, das ist gut und wichtig. Insgesamt wird, sowohl in den Familienpflegestellen als auch in den Heimen, die Aufsicht insgesamt verbessert. Es wird aber nicht nur die Aufsicht verbessert, es wird auch die Qualität der Betreuung sichergestellt, und das ist mir ganz besonders wichtig. Ich möchte vorweg einmal aber wirklich all denen - und ich mache das ganz bewußt auch jetzt an dieser Stelle - die im Bereich der Pflege arbeiten, sehr sehr herzlich danken, weil wir im Großen und Ganzen ein sehr sehr engagiertes Pflegepersonal, sowohl zu Hause bei den Angehörigen als auch in den Pflegefamilienstellen, als auch in den Heimen haben, die mit wahnsinnig viel Engagement und mit wahnsinnig viel Kompetenz und vor allem auch mit Herz für unsere alten Menschen da sind. Und leider ist es halt so, daß immer nur die negativen Beispiele angeführt werden und dann auch über die Medien transportiert werden. Daher wirklich allen die hier sehr sehr gute Arbeit leisten, ein herzliches Dankeschön an dieser Stelle. *(Beifall im Hause.)*

Es geht nicht nur um die Sicherung einer guten Pflege, um die Sicherstellung, daß die medizinische Versorgung funktioniert, es geht auch um die Würde der Menschen. Und da wirds ja dann schwierig, denn wenn es um seelische und emotionale Probleme geht und wenn es darum geht, wie man mit älteren Menschen, mit pflegebedürftigen Menschen umgeht, dann ist auch die Kontrolle sehr sehr schwer. Daher war es uns

Mag. Scheucher-Pichler

auch sehr sehr wichtig, daß neben der Kontrolle auch eine Qualitätssicherung in Form einer Pflegeberatung, in Form einer Pflegebegleitung, gewährleistet ist. Unser Vorschlag war es daher auch - und ich freue mich darüber, daß er in diesem Gesetzesentwurf aufgenommen worden ist; darf mich auch bedanken, daß man das so gesehen hat, auch von Seiten der anderen Parteien - daß eben professionelle Pflegeberatung, professionelle Pflegebegleitung, auch in den Familienpflegestellen vorgeschrieben wird. Und hier sind eben die Trägervereine die vor Ort arbeiten, die letztlich auch hier Know-how haben, die hier ständig vor Ort sind, die wissen worums geht, die Richtigen. Und es gibt ja jetzt eben in diesem neuen Gesetzesvorschlag die Möglichkeit, entweder Diplomgesundheitskrankenpflegerinnen stundenweise für diese Pflegeberatung anzustellen oder auch einen professionellen Trägerverein, der mit dem Land zusammenarbeitet, mit dieser Pflegeberatung und Pflegebegleitung zu betrauen. Ich glaube, daß das ein guter Vorschlag ist, der auch kostengünstig ist für diese Familienpflegestellen, denn das ist ja auch ein wichtiger Aspekt, der nicht bürokratisch ist, sondern der bestehende Ressourcen nutzt.

Ich glaube, daß wir auch im Bereich der häuslichen Pflege hier noch einiges zu tun haben. Ich nehme das auch mit in meine Arbeit ins Parlament. Wir haben von Seiten der Trägervereine - der Kollege Kollmann wird mir Recht geben - immer wieder auch darüber gesprochen, daß es ganz ganz wichtig ist, die Angehörigenbegleitung insgesamt zu verbessern. Auch hier geht es um Beratung und Begleitung, aber auch um psychologische Aspekte. Die Landesrätin hat das ja auch schon aufgegriffen. Es gibt hier erste Ansätze. Ich glaube, daß wir auch darüber in der nächsten Zeit noch sehr sehr viel sprechen werden müssen, weil ja ganz einfach auch die Belastungen - es wurde ja heute mehrmals schon erwähnt - durch die veränderten Strukturen in den Familien immer größer werden. Hier gilt es wirklich auch dafür zu sorgen, daß optimale Betreuung für unsere älteren Menschen möglich ist. Qualitätskontrolle und Qualitätssicherung müssen also ineinander übergehen. Und ich glaube auch, daß die einheitliche Pflegedokumentation hier eine wichtige Hilfestellung ist, das zu sichern. Ich halte es für richtig, daß das auch in den Familienpflegestellen vorge-

schrieben wird. Ich glaube auch, daß es wichtig ist, daß wir jetzt eine Anzeigepflicht haben, ganz egal was 1994 jetzt diskutiert wurde. Ich denke, man muß aus den Erfahrungen lernen, man muß wissen, wo was stattfindet. Das ist sicherlich richtig und wichtig. Und ich glaube - wie gesagt - vor allem auch, daß diese regelmäßige Beratung, vor allem auch im Sinne der Prävention (*Vorsitzender: Sie haben noch eine Minute Redezeit!*) und auch zur Unterstützung der Pflegenden ganz ganz wichtig ist. Hier gehts wirklich um beide Seiten. Hier gehts um die alten Menschen, um die zu pflegenden Menschen. Es geht aber auch um jene, die in dem Bereich arbeiten und die auch entsprechende Unterstützung brauchen.

Erfreulich, daß die Kontrolle jetzt nicht nur durch zusätzliches Personal im Landesdienst gesichert werden kann, sondern eben auch Sachverständige zugezogen werden können. Ich glaube, auch das ist der richtige Ansatz in Zeiten, wo wir von Bürokratieabbau und Verwaltungsvereinfachung sprechen, daß hier einfach flexible und unterschiedliche Möglichkeiten gegeben sind und letztlich haben wir uns ja auch im Ausschuß dazu entschlossen, das in diesem Sinne vorzuschlagen. Im Mittelpunkt, meine Damen und Herren, muß der Mensch stehen. Im Mittelpunkt muß die Würde des Menschen stehen und wir müssen dafür sorgen, daß von Seiten der Politik entsprechende Rahmenbedingungen gesetzt werden, die die Würde des Menschen sicherstellen, die vor allem auch sicherstellen, daß ältere Menschen, das pflegebedürftige Menschen, ihren Lebensabend hier in Kärnten in Würde verbringen können. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt der zuständigen Referentin LR Mag. Dr. Schaunig-Kandut das Wort.*)

Landesrätin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Sehr geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Sie sehen heute eine freudestrahlende Sozialreferentin vor sich und meine Redezeit beträgt auch nur fünf Minuten, deshalb möchte ich mich nicht auf die Ebene eines politischen Hick-Hacks begeben, sondern mich den Fakten zuwenden. Zu allererst

Mag. Dr. Schaunig-Kandut

möchte ich meinen Ausführungen eines voranstellen, den Dank und die Wertschätzung - und da möchte ich an meine Vorrednerin anschließen - an alle Mitarbeiterinnen im Bereich der Pflegedienste in Kärnten, die mit großer Kompetenz, sehr großem Verantwortungsbeußtsein und viel persönlichem Einsatz tagtäglich ihre Dienstleistungen für pflegebedürftige Menschen in unserem Bundesland versehen. Mein Dank gilt auch jenen, die den Blick für Verbesserungsmöglichkeiten und für eventuell vorhandene Mängel im eigenen Bereich nicht verlieren und damit zur Qualitätssicherung entscheidend beitragen. So erfüllt es mich mit Bedauern, daß sie durch die unsensible Art und Weise der Diskussion, wie sie derzeit geführt wird, in Mißkredit geraten. Genauso verwerflich ist es, das tausende Pflegebedürftige und deren Angehörige dadurch verunsichert werden. Die Qualitätssicherung in Pflegeeinrichtungen ist eine vordringliche Aufgabe unserer Zeit und sie wird in Anbetracht der demografischen Entwicklung immer wichtiger werden.

Dazu braucht es im wesentlichen auf der legislativen und fachlichen Ebene drei Voraussetzungen. Die Erste: Ein alle Pflegeeinrichtungen umfassendes Heimgesetz. Die Zweite: Eine detaillierte Heimverordnung und die Dritte: Ausreichend Mitarbeiterinnen, um die Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung sowie die Aufsichtsfunktion des Landes entsprechend wahrnehmen zu können.

Den ersten Punkt, den werden wir hier und heute sofort ändern. Und es ist schön, daß so wie beim Heimgesetz in der ersten Fassung letztendlich ein gemeinsamer Gesetzesentwurf erstellt worden ist, der von allen drei Parteien getragen wird. Ich sehe schon ein, daß es schwierig ist einzugestehen, daß ein Gesetz, das man selbst erlassen hat, Lücken hat. Aber die SPÖ hat das erkannt, einen Initiativantrag eingebracht und es freut mich, daß die anderen Parteien dem gefolgt sind. Und eine Weigerung, das Kontrollnetz enger zu knüpfen, hätte nicht mir geschadet, sondern vielen pflegebedürftigen Kärntnerinnen und Kärntnern. Und erlauben Sie mir die Frage, zu welchem Zweck hätte denn dieser Sonderlandtag auch gedient, wenn nicht dem, die in Diskussion stehende Gesetzeslücke zu schließen, denn dann wäre nur mehr der fahle Nachge-

schmack von Showpolitik ohne ernste Absichten übrig geblieben. (*Zwischenrufe aus der FPÖ-Fraktion*)

Die zweite Voraussetzung, die Erlassung einer Heimverordnung, ist bereits im Rahmen der Tätigkeit meiner Amtsvorgängerin einmal gescheitert. Ich bin einmal mit der Umsetzung gescheitert. Derzeit gibt es einen neuen Entwurf mit aktuellen Qualitätsstandards. Wir werden die heutige Gesetzesnovelle noch einarbeiten und dann wird die Heimverordnung sofort in ein Begutachtungsverfahren gehen und ich hoffe, daß dieser dritte Anlauf zur Erlassung einer Heimverordnung endlich mit Erfolg gekrönt sein wird.

Der dritte Punkt ist die Sicherstellung von ausreichenden Mitarbeiterinnen für die Qualitätssicherung und die Ausübung der behördlichen Aufsicht. Das Land ist nach dem Sozialhilfegesetz und nach dem darauf aufbauenden Heimgesetz Aufsichtsbehörde. Aufsichts- und Kontrolltätigkeiten sind Kernbereiche des hoheitlichen Handelns. Aus gutem Grund sind diese Funktionen im Hoheitsbereich angesiedelt sowie auch Finanzaufsicht, Polizei und andere exekutive Aufgaben.

Zu Personalfragen gibt es einen recht umfangreichen aber sehr einseitigen Schriftverkehr zwischen mir und Herrn Dr. Haider, in dieser Mappe ein kleiner Auszug davon. Mein erstes Schreiben erging am 12.05.2000, es folgten etliche weitere. Und im Juli 2002 habe ich in einem Schreiben in aller Dringlichkeit und Deutlichkeit auf die Situation hingewiesen und jede Verantwortung für nicht mögliche Aufsichtstätigkeit abgelehnt. Ich zitiere: "Ohne entsprechende Kontrollmöglichkeiten kann die Verantwortung für die Aufsicht über die Pflegeheime nicht übernommen werden." Es gab dann noch einen Regierungssitzungsantrag in dieser Angelegenheit, der ebenfalls nicht die Zustimmung fand. Hier ist der Personalreferent gefordert. Dies haben wohl auch die Abgeordneten der FPÖ erkannt, die eine verstärkte Kontrolle einfordern und somit den Personalreferenten zum Handeln auffordern. (*Vorsitzender: Die Redezeit beträgt noch eine Minute!*) Und sie haben sich im heutigen Gesetzesbeschluß zu einer Kontrolle durch Landesbedienstete bekannt. Externe sollen zur Unterstützung erforderlichenfalls beigezogen

Mag. Dr. Schaunig-Kandut

werden können. Dieser Entschluß ist sachlich richtig und erfreulich und ich bedanke mich dafür. Faktum ist auch, daß Externe weitaus mehr an Kosten bei einem gleichen Beschäftigungsmaß wie Landesbedienstete verursachen würden und mit einem größeren bürokratischen Aufwand verbunden wären.

Ein großer Sozialpolitiker Österreichs, Alfred Dallinger, hat einmal gesagt "Wer nicht den Mut zum Träumen hat, der hat auch die Kraft zum Kämpfen verloren." (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Sie haben zwei Jahre geträumt und nichts getan!*) Ich habe ganz klare Vorstellungen, welches Menschenbild ich meiner Sozialpolitik zugrunde lege. Das Bild eines autonomen Menschen mit unantastbarer Würde auch und gerade in Situationen, in denen man auf die Hilfe anderer angewiesen ist. Und ich lade Sie ein, gehen Sie mit mir diesen Weg. (*Heftiger Beifall von der SPÖ-Fraktion - Vorsitzender: Danke! Die Redezeit betrug genau 5 Minuten und 6 Sekunden.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Warmuth das Wort.*)

Abgeordnete Warmuth (FPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Es ist nicht die Frage, Sonderlandtag ja oder nein, es ist nicht die Frage, wer hat Recht. Ich kann sagen, wir alle hatten Recht, indem wir heute einen Kompromiß erarbeiteten, der zugunsten der zu betreuenden älteren Generation gefällt wird. Es bestand akuter Handlungsbedarf, denn jahrelang ist nichts passiert. Ich gebe aber meinem sozialdemokratischen Kollegen Recht, der heute im Ausschuß gemeint hat - das war der Kollege Unterrieder - der Mensch muß im Mittelpunkt sein in all unseren Handlungen. Vollkommen richtig! Ich glaube daher, daß dieses Thema der Pflege der älteren Generation so hochsensibel ist, daß es zu schade ist, hier politisch zu polemisieren, Frau Landesrätin! (*Abg. Warmuth zeigt einen Zeitungsausschnitt.*) Hier schreiben Sie "Pflegebedürftige schutzlos Heimbetreibern ausgeliefert." Ich glaube, (*Abg. Dr. Strutz: Das verunsichert!*) hier wird auch Mißbrauch mit den Emotionen der älteren Generation getrieben aber auch letzten Endes mit den Betreibern, die bemüht sind, eine hohe Qualität zu liefern.

Ich darf daher heute in dieser sehr emotionalen Diskussion einige Punkte anregen und nicht das Kind mit dem Bad ausschütten. Zum Thema "Notwendige Maßnahmen zur besseren Führung von Alten- und Pflegeheimen".

Ich tue das mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Mit einem lachenden deshalb, weil die gesamte Kärntner Landespolitik erkannt hat, daß akuter Handlungsbedarf besteht, endlich die über Jahrzehnten verschleppten Betreuungseinrichtungen auch zu errichten und den älteren Menschen ein menschenwürdiges Dasein im Alter zu geben. Die Bilanz kann sich sehen lassen. Insgesamt werden in den nächsten Jahren 43,6 Millionen Euro dafür verwendet, um den sozialen Wohnbau voranzutreiben. Das heißt mehr Betreuungsangebote auch in den ländlichen Bezirken. Das heißt mehr Arbeitsplätze auch in den Abwanderungsgemeinden. Weiters, 13 zusätzliche Pflegeheime in ganz Kärnten ermöglichen einen Lebensabend in jenen Regionen, wo die Senioren ihre Familien und Arbeitszeit erlebt hatten. Und zusätzliche 650 neue Pflegeplätze bedeuten auch eine spürbare Entlastung für die Angehörigen. Hier konnte dank gemeinsamer Beschlußfassung in der Landesregierung wirklich viel getan werden.

Mein weinendes Auge bezieht sich jedoch darauf, daß im Bereich der Kontrolle aber auch in der gerechten Behandlung einzelner Heimbetreiber bislang keine ausreichenden Lösungen gefunden wurden. Als stellvertretende Obfrau des Sozialhilfverbandes des Bezirkes St. Veit orte ich seit Jahren, daß Sozialhilfverbände seitens der öffentlichen Hand benachteiligt sind im Hinblick auf die Mitfinanzierung der Sozialhilfverbände in Bezug auf die bezirkswisen Strafgeelder. Hier wurde noch keine Regelung getroffen. Ich bin der Meinung, daß die Landesregierung in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung hier einen neuen Aufteilungsmodus erwirken soll. Es kann nicht sein, daß die entsprechenden Einnahmen für die Sozialhilfverbände von den unterschiedlichen Strafpraxen in den Bezirken abhängig sind, sondern ich bin der Meinung, es müßte eine "Pro-Kopf-Dotierung" für zu Pflegende erfolgen. (*Zwischenruf aus der SPÖ-Fraktion*)

Sehr geehrte Damen und Herren! Als Mitverantwortliche für zwei Pflegeheime im Bezirk St.

Warmuth

Veit weiß ich, daß ständig an der Qualitätsverbesserung gearbeitet wird. Dringend notwendig für die optimale Führung ist jedoch (*Vorsitzender: Sie haben noch eine Minute Redezeit!*) die Definition von Qualitätskriterien, damit hier auch fundierter geprüft werden kann bzw. daraus resultierende Maßnahmen getroffen werden. Wenn wir aber auch von optimaler Pflegequalität sprechen, und das ist die Voraussetzung, damit wir uns Kontrolle dann auch dementsprechend ersparen, dann müssen wir aber auch über die Verfügbarkeit der Diplomkrankenschwester für Pflegeheime sprechen. Ich weiß, daß es wahnsinnig schwer ist, Menschen für die Pflegearbeit zu begeistern - ausgebildete Diplomkrankenschwester. Ich bin daher der Meinung, daß hier verstärkt angesetzt wird in der Motivation, im Rahmen der Weiterbildung für die Pflegeberufe, bei Berufswiedereinsteigern und vor allem auch, es sollte mehr auch für die Pflegepersonen getan werden, für die Betreuer. Ich glaube, wenn es gelingt motivierte Mitarbeiter zu lukrieren, (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen. Ich bitte, zum Schluß zu kommen!*) dann wird auch die Kontrollmöglichkeit und -notwendigkeit in den jeweiligen Heimen reduziert werden. Frau Landesrätin, in Ihrem Ressort ist noch viel zu tun! Ich denke ... (*Heftiger Beifall von der FPÖ-Fraktion - Vorsitzender: Die Redezeit betrug 5 Minuten 23 Sekunden.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Es käme jetzt die ÖVP-Fraktion dran. Es liegt mir keine Wortmeldung vor. Es kommt daher die SPÖ-Fraktion, Frau Abgeordnete Mag. Cernic, zu Wort.

Ich darf Ihr das Wort erteilen!

Abgeordnete **Mag. Cernic** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Form der Auseinandersetzung um die aufgezeigte Problematik hat wieder einmal gezeigt, welche Unkultur seit einiger Zeit die politische Diskussion in diesem Land prägt. Statt einer sachlichen Analyse, wie das Heimgesetz weiterentwickelt werden muß, damit die Lücken schnellstmöglich zum Wohle

der Betroffenen geschlossen werden können, gab es wie immer von der Freiheitlichen Partei eine Menge haltloser Anschuldigungen gegen die Sozialreferentin, die in Wirklichkeit niemandem genützt haben.

Sie haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, das Heimgesetz mitbeschlossen. (*Abg. Steinkellner: Auch die SPÖ hat mitbeschlossen!*) Sie haben damals in keinem einzigen Ihrer Debattenbeiträge die Regelung kritisiert, daß die Aufnahme von bis zu drei pflege- und betreuungsbedürftigen Personen keiner Meldepflicht und auch keiner Überprüfung unterliegt. Und das haben Sie nicht etwa getan, weil die Problematik nicht bekannt gewesen wäre. Unter den damaligen Stellungnahmen im Begutachtungsverfahren gibt es durchaus einige, die darauf hingewiesen haben. Was Sie jetzt als Lücke im Gesetz schließen, war in Wirklichkeit ein Kompromiß, den Sie und vor allem auch die ÖVP wollten. Und die Ursache dafür ist Ihre permanente Neigung zu einer romantischen Verklärung des familiären Umfeldes. In Wirklichkeit ist die qualitätvolle Pflege beeinträchtigter Menschen Schwerstarbeit und es erfordert eine professionelle Ausbildung. Daher ist die Unterbringung von Einzelpersonen in Privathaushalten immer schon von erheblichen Schwierigkeiten begleitet gewesen. Die Betreuungsperson ist oft total überfordert, weil sie keine Ahnung hat, wie sie mit dem Pflegling umgehen darf, kann oder muß und die Betreuung rund um die Uhr ist oft nicht gewährleistet. Veränderungen und Erkrankungen der Pfleglinge werden manchmal nicht rechtzeitig erkannt. Für eine längere qualitätvolle Betreuung alter, kranker, behinderter und persönlichkeitsveränderter Menschen sind Mitgefühl und guter Wille nicht ausreichend. Hier braucht es genügend professionell ausgebildete Fachkräfte, die für ihre schwierige Arbeit angemessen bezahlt werden müssen. Ehrenamtlichkeit kann soziale Arbeit ergänzen, aber sie kann sie niemals ersetzen. Der Ruf nach mehr Kontrolle ist zwar publikumswirksam, packt aber das Wurzel nicht wirklich packt aber das Übel nicht wirklich an der Wurzel. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Der Versprecher war schon in Ordnung!*) Der wesentliche Gesetzesänderungsvorschlag oder der wesentliche Teil in dem Gesetzesänderungsvorschlag der Sozialreferentin ist die verpflichtende regelmäßige Einsetzung ausgebilde-

Mag. Cernic

ter Fachkräfte in Zukunft auch bei Unterbringung in Privathaushalten. Das ist das Entscheidende, das hier passiert. Und daher wäre es fahrlässig gewesen, den Beschluß dieses Vorschlages aus taktischen Überlegungen noch länger hinauszuzögern.

Die Kontrolle, meine sehr geehrten Damen und Herren, wollen wir lieber dort belassen, wo sie hingehört. Denn wir glauben, daß sie Kernbereich hoheitlicher Aufgaben ist. Die Privatisierungen im Exekutiv- und Kontrollbereich lehnen wir ganz entschieden ab. Bürgerwehren und private Wachmänner, die für ihre Verfolgungsjagden private Pkws samt Fahrerinnen kapern, sind uns abschreckendes Beispiel genug. Es darf nämlich nicht übersehen werden, dieser Fall wurde zwar von den Herren Jost und Haider ausgeschlachtet, aufgedeckt wurde er aber im Auftrag der Sozialreferentin trotz der vom Personalreferenten fahrlässig herbeigeführten Personalknappheit und ohne bürokratische Fragen nach der Zuständigkeit. Daß wir als Landtag letztendlich doch in der Lage waren, angemessen rasch auf ein offenbar gewordenes Problem zu reagieren, ist aber - glaube ich - einer der positiven Aspekte dieses Falls. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion - Vorsitzender: Die Redezeit betrug 4 Minuten und 9 Sekunden)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Dipl.-Ing. Gallo das Wort.)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte bei der Frau Sozialreferentin und ihren Träumen ansetzen, denn genau das ist es, was wir Ihnen zu sagen haben: Sie haben in Ihrer Amtszeit bisher geträumt, aber nicht gehandelt. Denn bei all den Dingen, *(Einwand von LR Mag. Dr. Schaunig-Kandut)* die wir hier besprechen, geht es doch darum, Lebensqualität im Alter zu ermöglichen und auch die Würde zu belassen.

Daher ist es von dieser Stelle aus mit Hochachtung und Dankbarkeit zu bedenken, daß es so viele Personen gibt, die Pflege- und Heimarbeit leisten. Denn, auch das soll man einmal sagen: Mindestens 95 oder 98 oder 99 Prozent wird zu 100 Prozent vorbildlich gearbeitet. Und das er-

fordert unseren Dank! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Schwarze Schafe und kriminelle Erscheinungen hat es immer gegeben und wird es auch immer gegeben, aber - und ich sage das bewußt - daß gerade in letzter Zeit sehr wenig davon oder gar nichts in Heimen passiert ist, sondern eben in Pflegestationen. Wir erleben zwei Erscheinungen: Die Menschen auf der einen Seite werden immer älter. Ihre Pflege wird immer notwendiger. Auf der anderen Seite gibt es zunehmend junge Menschen, die sich dem Sozialbereich widmen wollen, die diese Pflege auch machen wollen. Daher ist es unsere Aufgabe, hier nicht zu kriminalisieren - wie das Klubobmann Strutz schon angezogen hat -, sondern den jungen Menschen auch Mut zu machen, ihnen Kraft zu geben, diese Arbeit auch zu verrichten. Denn die Arbeitsbedingungen - und das lassen Sie mich auch mit aller Deutlichkeit sagen! - sind keine einfachen. Ich sage: Diese sind schwieriger und eigentlich vom Ergebnis her schlimmer als in jedem Krankenhaus. Dort kann das Personal erleben, daß jemand das Krankenhaus gesund verläßt. In den Alten- und Pflegeheimen endet das, wie wir wissen, anders.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da richte ich meinen Appell an die SPÖ, ihre Selbstgefälligkeit aufzugeben! Ich habe 1995 von dieser Stelle aus zum Heimgesetz gesprochen und vorher auch im Ausschuß beraten. Damals ist von der SPÖ - und ich möchte das zitieren - doch einiges gekommen, was heute erwähnenswert scheint, aufgewärmt zu werden. Frau Susanne Kövari hat mir, nachdem ich gerade das, Frau Kollegin Cernic, was Sie hier gesagt haben, angezogen habe, nämlich Begutachtungsstellungennahmen und auch den Umstand, daß für bestimmte Dinge keine Regelung da ist; und wir unterscheiden nicht, ob jemand drei oder fünf oder zehn Insassen hat, sondern es geht darum, *(Zwischenruf der Abg. Mag. Cernic)* daß die Qualifikation derer, die diese Pflege machen, eine gleiche ist - gesagt, es könne nicht immer so sein, daß man für alles Regelungen haargenau trifft, weil dies würde die Einschränkung von wirklich kreativer Möglichkeit beinhalten. "Kärnten ist ein Vorbild", hat sie gesagt "und das Ziel ist eine Regelung, die eine menschenwürdige Form der Unterbringung der Be-

Dipl.-Ing. Gallo

wohner garantiert." Hier, muß ich sagen, hat die Sozialreferentin der vergangenen Periode und die jetzige am Gesetz und am Ziel - das die eigene Partei erstellt hat! - vorbeiadministriert.

Die Frau Landesrätin Achatz hat in ihrem Schlußwort gesagt: "Das neue Gesetz soll in umfassender Weise sicherstellen", es wurde heute bereits erwähnt "strengere Qualitätsstandards" (*Vorsitzender: Redezeit noch eine Minute!*) - wo sind die?! - "strengere Kontrolle auch dieser Heime, die bis jetzt nicht dieser Kontrolle unterlegen sind, die Sicherstellung und verstärkter Schutz der Interessen der Heimbewohner, der Menschenwürde, eine Pflegedokumentation" und vieles anderes mehr. (*Abg. Kollmann: Von der FPÖ in der Regierung abgelehnt!*) „Es ist ein ganz dichtes Regelungsgesetz, das trotzdem die Luft zum Atmen läßt.“ - Ein guter Einwand, Kollege Kollmann: Von 1995 bis 1999, vier Jahre, hat es eine SPÖ-ÖVP-Koalition in Kärnten gegeben. (*Lärm in der SPÖ-Fraktion*) Nichts ist geschehen! Packen Sie sich daher selbst beim Schopf!

Es geht darum, die Verantwortung wahrzunehmen. Dazu fordere ich Sie auf! - Aber nicht über eine Verstaatlichung durch die Hintertür, wie das jetzt wieder passieren hätte sollen, sondern es geht darum, daß (*Abg. Koncilia: Daß einer dem anderen das Geld "zuabeschiabt"!*) alles das, was an Mängeln aufgetreten ist, beseitigt wird. Das, was demnächst im Gesetz beschlossen werden wird, ist ein erster Schritt dazu. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Klubobmann Dr. Wutte das Wort.*)

Abgeordneter **Dr. Wutte** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Ich glaube, daß gerade eine Debatte um das Thema "Altern in Würde" doch so abgehalten werden soll, daß es auch eine würdevolle Diskussion ist und sein sollte. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

Ich möchte das insofern unterstreichen und nochmals betonen, weil ich glaube, es hat niemand einen Ansatz zum Grund, hier politisches Kleingeld wechseln zu wollen. Das gilt insbesondere für jene Partei, die gemeint hat, sie muß zwingend einen Sonderlandtag einberufen, weil

es offensichtlich nicht anders geht und das sechs Minuten vor zwölf besser ist als fünf Minuten vor zwölf. Das gilt auch für die Fraktion, die die Referentin stellt, die zugegebenermaßen in den letzten Jahren auf einiges an Mißständen in ihrer eigenen Kompetenz hingewiesen hat - aber, und das möchte ich auch sagen, letztlich auch mit vielen Vorhaben gescheitert ist, weil ihr offensichtlich auch die notwendige Überzeugungskraft gegenüber dem Personalreferenten und Landeshauptmann gefehlt hat.

Ich frage mich, warum es in den letzten Jahren möglich war, daß es in der Gesundheitspolitik plötzlich eine rot-blaue Achse und Koalition gegeben hat und daß man offensichtlich im Krankenhaus ganz neue Wege gegangen ist. Ich frage mich, warum das in vielen anderen Bereichen möglich war, daß sich beispielsweise Landeshauptmann-Stellvertreter Ambrozy die Finanzierung seines „Spielzeuges“ in der Luft sichern konnte, durch eine gute Achse zum Landeshauptmann. Und da frage ich mich: Warum ist es nicht der Frau Kollegin Schaunig-Kandut gelungen, die notwendige Kontrolle und Sicherstellung der Qualität in sämtlichen Pflege- und Altersheimen in Kärnten durch einen guten Umgang und durch gute Vorschläge in der Landesregierung sicherzustellen? Da haben offensichtlich beide Bereiche (Personalreferat, Sozialreferat) ein bißchen mangelhaft agiert. Denn eines ist schon auch zu sagen: Es wäre leicht gewesen - ich muß das offen einmal von dieser Seite des Landtages feststellen -, seitens der Regierung endlich einmal brauchbare Lösungen zustande zu bringen. Dafür sitzen ja, bitte, alle Parteien in einer Konsensregierung zur Konzentration der Kräfte. Man soll sich gefälligst dort anstrengen und nicht immer dann, wenn die Regierung versagt, den Landtag um Hilfe rufen! Wir tun das aber gerne, wir helfen dort gerne aus, wo offensichtlich der eine oder andere Referent nicht ganz in der Lage ist, seine Aufgaben zu bewältigen. Ich möchte das in aller Klarheit sagen! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

Zum Inhalt - es ist auch alles von vielen Seiten beleuchtet worden - nur die zwei wesentlichsten Punkte aus unserer Sicht nochmals: Ich bitte auch eines in Zukunft zu beachten. Das wird die Frage sein, wie wir jetzt im Verordnungswege mit den Qualitätskriterien, mit den Richtlinien, mit den Anforderungen bei der Errichtung und

Dr. Wutte

beim Betrieb von Pflegeheimen, aber auch von Familienpflegestellen vorgehen. Ich glaube, daß gerade der Bereich, der außerhalb der größeren Heimkomplexe stattfindet, nämlich in einem kleineren Betreuungsumfang, unverzichtbar ist. Gerade als Mittelding zwischen der familiären Hilfe, die oftmals an ihre Grenzen stößt, und dem relativ großen Apparat ist auch die Klein-einrichtung vom Grundgedanken her unterstützungswürdig. Das heißt einerseits ganz klar, daß sie den qualitativen Anforderungen entsprechen muß. Das heißt, daß sie kontrolliert werden muß - da bin ich ganz bei allen, die das gefordert haben; das ist eine Lücke gewesen; die ist zu schließen, da bekenne ich mich dazu -, aber man muß gleichzeitig auch Interesse an der weiteren Existenz von solchen Pflegeeinrichtungen haben. Daher bitte ich, bei der Ausarbeitung von Richtlinien, die die baulichen Kriterien, die die bürokratischen Erfordernisse dann betreffen werden, nicht "oberbürokratisch" vorzugehen. Das wäre meine Bitte im voraus an jene Mitwirkenden, die einen Verordnungsentwurf zu erstellen haben, daß man es nicht verunmöglicht, außerhalb von Heimbetriebsstrukturen größeren Umfangs auch die kleine Pflege, die örtlich gebundene und die überschaubare Pflegeeinheit, mit Bürokratien zu überfordern, daß sie so überfordert wird, daß sie keiner mehr macht. Wir müssen mit Augenmaß vorgehen, und das ist ganz wichtig. Kontrolle: ja. Qualitätsangebot: Da hat vor allem unsere Kollegin Scheucher sich ganz massiv in die Diskussion eingebracht. Qualitätsangebote, Hilfsangebote, Kooperationsangebote sind wichtig. Aber letztlich in der Bürokratie dann, wenn es um bauliche Kriterien und um Finanzierungsaufwände geht, bitte nicht gleichzeitig zu überfordern. Das ist schon richtig: "Die Würde des Menschen muß im Vordergrund stehen." Der Würde kann aber nur dann entsprochen werden, wenn es diese Einrichtungen auch in Zukunft geben soll.

Daher ein klares Bekenntnis zu dieser funktionierenden Kontrolle! Ob das hoheitlich oder privat geschieht, das sollte in diesem Fall keine ideologische Frage sein. Ich sage das auch ganz offen: *(Vorsitzender: Ich bitte, zum Schluß zu kommen!)* Es soll keine ideologische Frage sein. Denn daß die Aufgabe, das zu bewerkstelligen, eine öffentliche ist, das ist durch das Heimgesetz und den Inhalt ja definiert. Ich glaube, überall,

wo es Zusatzangebote geben kann, im Bereich des freiwilligen und des außeramtlichen Bereiches, soll diese Hilfe auch angenommen werden.

Daher, abschließend, sind wir auch als gemeinsame Mitwirkende in diesem Prozeß des heutigen Gesetzes darüber erfreut, daß es gelungen ist, hier ein Einvernehmen in alle Richtungen gemeinsam zustande zu bringen. Danke schön! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Schaumberger das Wort.)

Abgeordnete **Mag. Schaumberger** (SPÖ):

Sehr geehrte Damen und Herren! Gott sei Dank, daß es diese Sondersitzung heute gibt, denn jetzt wird den Zuschauern und der Presse wieder einmal vor Augen geführt, was die FPÖ unter "Zirkusauftritten" versteht. Weil es - und das sage ich hier ganz deutlich, und ich meine es auch so - in dieser Causa Ihnen nie um die Bedürfnisse der Menschen gegangen ist. *(Einwand des Abg. Dipl.-Ing. Gallo)* Wenn es Ihnen um die Menschen gegangen wäre, dann hätten Sie schon, meine Damen und Herren, den ersten Bemühungen der Landesrätin zugestimmt. Dann hätten Sie, ohne mediale Begleitung, unseren Vorschlägen beitreten müssen. Dann hätten Sie selbstverständlich das Geld übrig haben müssen - das übrigens nicht Ihres ist, sondern das der Kärntnerinnen und Kärntner - und für Kontrolle bereitstellen müssen.

Meine Damen und Herren! Sie sind es, die humane Interessen unserer Menschen, vertreten durch die Landesrätin, scheitern haben lassen. Und jetzt gehen Sie her und tun so, als wären Sie die großen Retter! *(3. Präs. Mitterer: Das ist eine unerhörte Behauptung! Unerhört, Frau Kollegin!)* Meine Damen und Herren! Ich unterstelle Ihnen, Sie wollen nichts anderes wie: "Aha! Da haben wir jetzt einen Fall. Und jetzt können wir ihn wieder der SPÖ vorhalten." Denn Ihr Wechselspiel von Bedrohung und Begnadigung: "Wenn ihr das tut, liebe Sozialdemokraten, was wir wollen, dann könnt ihr das Referat behalten. Wenn ihr das tut, was wir wollen, dann kriegt ihr Geld.", das hat keine Wirkung mehr auf uns. Das hat keine Wirkung mehr auf uns, weil wir die Politik für die Menschen

Mag. Schaumberger

ernst nehmen und weil wir nicht Politik - so, wie Sie - um ihrer selber willen machen, meine Damen und Herren!

Ihre Teilinszenierung heute ist also nicht angekommen. Die Teilinszenierung, die Sie so angelegt haben: Öffentlichkeit auf der einen Seite und Schuldzuweisung auf der anderen Seite, und dann vielleicht ein bißchen eine Scheinlösung machen. Denn das wollten Sie ja zuerst: "Den Bock zum Gärtner machen", wie ich es in den Zeitungen gelesen habe. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Sie haben nur die "KTZ" gelesen!*) Sie wollten ja eine auf privat orientierte Alten- und Pflegebetreuung dann noch privat von gewinnorientierten Unternehmen kontrollieren lassen. Das ist nicht aufgegangen.

Ich freue mich aber - und das sage ich auch

hier -, daß gemeinsam heute vormittag humane und gangbare Antworten, die die Landesrätin vorgelegt hat, angenommen worden sind. Ich garantiere Ihnen: Wir werden noch sehr viel reparieren müssen, was Sie vorher jahrelang, jahrzehntelang abgelehnt haben und verhindert haben. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo lacht. - Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Die Redezeit betrug 2 Minuten 41 Sekunden. Die Zeit für die Aktuelle Stunde ist abgelaufen. Sie ist damit beendet.

Tagesordnung

Hohes Haus! Wir kommen nun zur Tagesordnung unserer 48. Sitzung des Kärntner Landtages und ich möchte zur Erstellung der Tagesordnung folgendes mitteilen:

Es sind seit der Einladung noch 4 Behandlungsgegenstände eingelangt. Die Obmännerkonferenz hat empfohlen, insbesondere aufgrund der Abwesenheit von Herrn Abgeordneten Ramsbacher, der Berichterstatter zu den Tagesordnungspunkten 1 und 2 ist, die Tagesordnung wie folgt zu ändern: Die ursprünglichen Tagesordnungspunkte 1 und 2 werden von der Tagesordnung abgesetzt und voraussichtlich in der nächsten Sitzung behandelt.

Die geänderte Tagesordnung sieht wie folgt aus: Und zwar

1. Ldtgs.Zl. 636-1/28:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Familie, Soziales und Gesundheit zum selbständigen Antrag des Ausschusses gem. § 17 Abs. 1 K-LTGO betreffend Änderung des Kärntner Heimgesetzes
./ mit Gesetzentwurf

Tagesordnungspunkt

2. Ldtgs.Zl. 620-2/28:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Familie, Soziales und Gesundheit be-

treffend gesetzliche Anerkennung für den Beruf Arzthelferin

Tagesordnungspunkt

3. Ldtgs.Zl. 256-11/28:

Bericht und Antrag des Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschusses zur Regierungsvorlage betreffend Österreichischer Stabilitätspakt 2001; Ergebnis der Beratungen des Österreichischen Koordinationskomitees vom 30.10.2002; Einrichtung eines Landeskoordinationskomitees

Tagesordnungspunkt

4. Ldtgs.Zl. 275-11/28:

Bericht und Antrag des Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschusses betreffend den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in Bezug auf das Bundesland Kärnten - Verwaltungsjahr 2001

Tagesordnungspunkt

5. Ldtgs.Zl. 629-2/28:

Bericht und Antrag des Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschusses zur Regierungsvorlage betreffend den Wirtschaftsbericht 2001

Ferlitsch

Wenn Sie der Änderung dieser Tagesordnung die Zustimmung erteilen, dann bitte ich Sie um ein Handzeichen. Zweidrittelmehrheit ist erforderlich. - Danke, das ist einstimmig so angenommen. Wir kommen daher zum Tagesordnungspunkt 1. (*Abg. Unterrieder: Herr Präsident, zur Geschäftsordnung!*) Zur Geschäftsordnung, Herr Klubobmann!

Abgeordneter **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Ich darf einen Antrag zur Geschäftsordnung gemäß § 64 K-LTGO; Betreff: Werbeagentur S. Jost (§ 30 Abs. 2 Ziffer 1 K-LTGO) einbringen. Es hat ja heute in der KRONEN-Zeitung einen Bericht gegeben. Die Abgeordneten der SPÖ Unterrieder, Dietmar Koncilia, Rudolf Schober und Anita Wulz beantragen:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Der Landesrechnungshof wird aufgefordert, die Beauftragung der Werbeagentur des Landtagsabgeordneten Siegfried Jost, "Werbeagentur S. Jost", im Zusammenhang mit der "Roadshow zur Bewerbung der Gewerbeförderungsaktion" dahingehend zu überprüfen, ob entsprechend den Grundsätzen der Rechtmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit vorgegangen wurde. Es möge darüber hinaus geprüft werden, wer namentlich (seitens des Landes oder eines ausgegliederten Rechtsträgers) den Auftrag an die Werbeagentur S. Jost vergeben hat? Welche Beschlüsse der Beauftragung zu Grunde liegen, mit welchen Mitteln und aus welchen Voranschlagsätzen des Landesbudgets oder eines ausgegliederten Rechtsträgers die Finanzierung erfolgte, ob eine Ausschreibung durchgeführt wurde und wieviele Werbeagenturen zur Anbotslegung eingeladen wurden?

Ich glaube, das ist auch im Sinne des Herrn Abgeordneten, daß hier durch die Überprüfung des Landesrechnungshofes, Klarheit herrscht.

Ich beantrage, darüber abzustimmen.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Sie haben den Antrag gehört. Wir stimmen darüber ab. Wer damit einverstanden ist, den bitte

ich um ein Handzeichen! - Das ist einstimmig so beschlossen. Es wird so vorgegangen.

Wir kommen nunmehr zum Tagesordnungspunkt

1. Ldtgs.Zl. 636-1/28:

**Bericht und Antrag des Ausschusses für Familie, Soziales und Gesundheit zum selbständigen Antrag des Ausschusses gem. § 17 Abs. 1 K-LTGO betreffend Änderung des Kärntner Heimgesetzes
./ mit Gesetzentwurf**

Abgeordneter Jost meldet sich zur Geschäftsordnung. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Zur tatsächlichen Berichtigung! - Abg. Jost: Zur tatsächlichen Berichtigung.*)

Abgeordneter **Jost** (FPÖ):

Herr Präsident! Bei der gegenständlichen Firma handelt es sich nicht um eine Firma, die in meinem Eigentum steht. Es ist eine Namensgleichheit.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Das ist Ihre Feststellung und wird so zur Kenntnis genommen.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Kollmann. Gemäß § 17 Abs. 2 K-LTGO lasse ich das unmittelbare Eingehen in die 2. Lesung abstimmen. Das ist erforderlich. Ich darf darüber abstimmen. Bitte, um ein Handzeichen! - Danke, das ist einstimmig so beschlossen.

Ich erteile dem Berichterstatter das Wort!

Berichterstatter Abgeordneter **Kollmann** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! In der heutigen Sozialausschußsitzung haben wir diese Änderung des Kärntner Heimgesetzes diskutiert und es wurde jetzt auch im Hohen Haus schon in der Aktuellen Stunde diskutiert. Es beinhaltet die verbesserte Kontrolle von Pflegeplätzen in Pflegeheimen.

Kollmann

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte und erteilt Abg. Steinkellner das Wort.)

Abgeordnete **Steinkellner** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Abgeordnete! Es war wichtig und es war sehr wichtig, daß wir den heutigen Sonderlandtag einberufen haben. Es ist Faktum, daß die Kompetenz und Zuständigkeit in der vorliegenden Materie eindeutig und klar bei der Frau Landesrätin Schaunig liegt und lag. Sehr geehrte Damen und Herren! Der über Medien bekanntgewordene Anlaßfall zeigt ganz deutlich auf, daß es im bisherigen Gesetz Lücken gegeben hat, die längst ausgemerzt gehört hätten. Hohes Haus! Im Mittelpunkt der heutigen Landtagssitzung - und deshalb haben wir sie auch einberufen - muß der Mensch und die Menschenwürde stehen. Sie muß gewährleistet sein. Die notwendige Menschenwürde von Mitmenschen, die sich nicht ausreichend artikulieren können, ist - wie ich überzeugt bin - weit über 90 Prozent oder wahrscheinlich noch viel höher in unseren bestehenden Kärntner Alten- und Pflegeheimen gewährleistet. Es freut mich, daß heute auch Betreiber von Kärntner Pflegeheimen auf der Zuhörertribüne sitzen. Ich konnte mich in vielen Kärntner Pflegeheimen persönlich überzeugen, daß dort alles bestens funktioniert. *(Den Vorsitz übernimmt 3. Präs. Mitterer.)*

Geschätzte Damen und Herren! Mit der heutigen Gesetzesänderung des Kärntner Heimgesetzes wird auch eine notwendige Kontrolle, ich sage - eine notwendige Kontrolle in privaten Familienpflagestellen - gewährleistet. Und das ist der Punkt, der bisher nicht gewährleistet war. Vor allem ist es mir persönlich wichtig, daß Überprüfungen auch ohne, auch ohne vorherige Anmeldungen erfolgen dürfen. Das sehe ich als ganz wesentlich, denn nur so können solche unmenschlichen Mißstände, wie sie leider kürzlich aufgetreten sind, auch aufgedeckt werden. Es ist doch ganz logisch - das weiß jeder von uns, der ein Zuhause, einen Haushalt oder ein Haus hat - wenn jemand angemeldet wird, Besuch erscheint, Gäste kommen, dann werde ich mich bemühen, mein Haus dementsprechend zu

pflegen, herzurichten, um einen guten Eindruck zu erwecken. Es ist auch ganz logisch, wenn hin und wieder jemand unangemeldet hereinschneit und irgendetwas paßt nicht, dann ist das unangenehm. Und deshalb finde ich angemeldete Kontrollen nicht rein für zielführend.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Man muß sich einmal vorstellen, welche seelischen Qualen, Gott sei Dank ja nur vereinzelt, Mitmenschen manchmal erleiden müssen oder erleiden mußten. Und persönlich bin ich sehr sehr dankbar, daß mit der heutigen Gesetzesänderung, die überfällig war, die wirklich überfällig war, nach Jahren endlich für alle pflegebedürftigen Mitmenschen in unserem Lande in allen Bereichen, ihre Menschenwürde - so hoffe ich - hergestellt und sichergestellt werden kann. Es tut mir leid, daß es am Ende unserer Debatte - die glaube ich sehr zielführend war - zwei Wortmeldungen von Kolleginnen aus der SPÖ-Fraktion gegeben hat. Die Wortmeldung der Frau Abgeordneten Cernic - Sie hat in Ihrer Wortmeldung bitteschön, das Wort "Bürgerwehr" verwendet. Im gegenständlichen Fall hat die Frau Abgeordnete Cernic mit dem Wort "Bürgerwehr", geschätzte Damen und Herren, Angehörige des gehobenen Dienstes für Gesundheits- und Krankenpflege, insbesondere aus dem Kreis der gerichtlich beeideten Sachverständigen für Gesundheit und Krankenpflege, die im neuen Gesetz angeführt sind, damit unterschwellig titulierte. Das ist eine Schande! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Ich weiß, die Frau Abgeordnete Cernic kann anscheinend nicht anders. Ich glaube, Sie treibt ein tiefer Haß gegen alles was freiheitlich ist oder was von freiheitlicher Seite kommt. Und gerade oder zumindest heute, hätte Sie sich eigentlich ein bißchen zurücknehmen können, so meine ich, gerade bei einem so sensiblen und tief menschlichen Thema, das wir zu behandeln hatten und haben und sich in Ihrer Wortwahl etwas mäßigen können. *(Zwischenruf von Abg. Mag. Schaumberger)* Frau Abgeordnete Schaumberger, auch Ihre Wortmeldung war beschämend, da Sie die heutigen Debattenbeiträge ... *(Es erfolgen mehrere Zwischenrufe von Abg. Mag. Schaumberger. - Lärm und Unruhe im Hause.)* da Sie die heutigen Debattenbeiträge, Frau Abgeordnete Schaumberger, als „Zirkus-

Steinkellner

auftritte“ gekennzeichnet haben. Eigentlich sollten Sie sich schämen. Ich weiß nicht, ob Sie dazu fähig sind. Danke! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Wulz das Wort.)

Abgeordnete **Wulz** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Grundsätzlich ist es höchst an der Zeit, daß dieses Gesetz zu Stande kommt. *(Abg. Mag. Ragger: Welches Gesetz?!)* Wenn man allerdings die Vorgangsweise der FPÖ in diesem Fall beobachtet, so wurde, anstatt hier sachlich vorzugehen und wirklich für die Betroffenen die beste Lösung zu finden, einmal mehr versucht, die Sozialreferentin anzugreifen und ins Eck zu drängen. Nur, gelungen ist Ihnen das nicht. Einer schnellen Reaktion der Sozialreferentin ist es zu verdanken, daß in diesem Fall sofort die richtigen Maßnahmen gesetzt worden sind. Wenn wir heute das Gesetz beschließen, dann geschieht das zum Wohle der Pflegebedürftigen, aber auch natürlich zum Wohle und zum Schutz jener Personengruppen, die die Pflege ausüben. Schutz deswegen, weil nur ein einziger Fall - wie wir es in Villach erleben haben müssen - den Menschen, die im Pflegebereich arbeiten, schadet. Das haben jene Menschen nicht verdient, die in diesem Bereich arbeiten. Und ich möchte mich an dieser Stelle auch meinen Vorrednerinnen anschließen und mich beim Pflegepersonal bedanken.

Wenn wir heute im Sozialausschuß eine lange Debatte darüber geführt haben, so ist das Ergebnis zufriedenstellend. Zufriedenstellend aber nur dann, wenn auch das notwendige Personal zur Verfügung gestellt wird. Wenn man die Wortmeldungen und vor allem die Arbeit unserer Landesrätin genau verfolgt, so weiß man auch, daß sie immer wieder zu wenig Personal zur Verfügung gestellt bekommt. Nicht nur im Bereich der Pflege, wie wir es heute erleben. Immer wieder stellt man an unsere Referentin Forderungen, ohne die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Wir werden es in naher Zukunft schon sehen, wie ernst es in diesem Fall wo es um Menschen geht, wo Menschen im Mittelpunkt stehen sollten, dem Personalreferenten und Landeshauptmann ist, hier wirk-

lich entsprechend zu handeln. Wir hoffen, daß den Zusagen auch dementsprechende Taten folgen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Scheucher-Pichler das Wort.)

Abgeordnete **Mag. Scheucher-Pichler** (ÖVP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde mich hüten, in diese Schuldzuweisungen und in dieses Hick-Hack einzustimmen, noch dazu, wo das möglicherweise meine letzte Wortmeldung hier im Hohen Haus ist. Ich freue mich, daß wir im Ausschuß so konstruktiv zusammengearbeitet haben. Ich bedaure es, daß es hier im Hohen Haus nicht möglich war, denn es ist kein "fauler Kompromiß", den wir im Ausschuß gefunden haben, sondern ich glaube, es war eine gute Entscheidung und es ist dieser Gesetzesentwurf ein guter Gesetzesentwurf. Daher gilt alles, was wir von Seiten der ÖVP-Fraktion in der Aktuellen Stunde bereits eingebracht haben. Ich brauche diese Argumente hier nicht zu wiederholen. Es geht insgesamt um eine Verbesserung für jene, die in der Pflege stehen, aber auch um eine Verbesserung der Aufsicht insgesamt, um eine Verbesserung der Qualität, der Aufsicht und der Kontrolle im gesamten Bereich der Pflege. Und ich denke, das muß Inhalt unserer Arbeit sein. Das ist uns gelungen. Es kommt zu einer besseren Vernetzung, zu einem besseren Miteinander und zur Nutzung von Synergien. Daher werden wir von Seiten der ÖVP-Fraktion diesem Gesetzesentwurf unsere Zustimmung erteilen und ich freue mich, daß es möglich war, hier Einstimmigkeit zu erreichen. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt LR Mag. Dr. Schaunig-Kandut das Wort.)

Landesrätin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit großer Freude erfüllt es auch mich, daß wir die Abänderung zum Heimgesetz nunmehr einstimmig beschließen können. Die Kernpunkte dieser Novelle sind: Eine Mel-

Mag. Dr. Schaunig-Kandut

depflicht für alle Pflegeeinrichtungen, pflegerische Qualitätsstandards auch in diesen Einrichtungen und Aufsichtsmöglichkeiten des Landes. Zur Kontrolle erlaube ich mir noch anzumerken, daß es auch bisher schon unangekündigte Kontrollen gab, aber kommissionelle Kontrollen sind sinnhaft, nach Ankündigung durchzuführen, denn es gibt eine Vertrauens- und Kooperationsbasis mit den Anbietern in Kärnten, die notwendig ist, um eine ständige Qualitätsentwicklung auch weiterzubringen. Denn nur durch diese Basis ist es möglich, nicht einmalige Feststellungen zu machen, sondern längerfristige qualitative Ansprüche in den einzelnen Einrichtungen auch umzusetzen. Und in den letzten Jahren ist auch viel passiert. Gemeinsam mit den Pflegedienstleitungen einzelner Einrichtungen wurden die fachlichen Grundlagen für die Heimverordnung erarbeitet. Gemeinsam mit den Anbietern wurden, zum Beispiel gestern am Abend, die Rahmenbedingungen für die Aufschulung von Pflegehelferinnen zu diplomierten Krankenschwestern und -pflegern erarbeitet.

In der Regierungssitzung wurden einstimmig Richtlinien für die Neuerrichtung von Pflegeeinrichtungen beschlossen. Darin ist vorgesehen, daß die Pflegeeinrichtungen, die neu errichtet werden, mit einer maximalen Größe von 50 Betten auszustatten sind, in familiäre überschaubare Strukturen zu untergliedern sind, daß in jeder Einrichtung fünf Kurzzeitpflegebetten anzubieten sind für die Entlastung von pflegenden Angehörigen; mit einem Betreuungsschlüssel von eins zu drei in der Pflege festgelegt worden ist, wovon 30 Prozent in der Nettoarbeitszeit diplomierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sein müssen. Es wurde vereinbart, daß einem modernen Standard entsprechend mindestens 70 Prozent der Zimmer als Einzelzimmer ausgestattet sein müssen, und daß für diese, um eine soziale Möglichkeit der Inanspruchnahme von Einzelzimmern sicherzustellen, ein Zuschlag von maximal 100 Euro verlangt werden kann.

Die Abgeordneten Kollmann und Frau Mag. Scheucher werden mir bestätigen, daß wir im Bereich der Hauskrankenpflege und mobilen Dienste in den letzten Jahren sehr vieles in Kärnten weitergebracht haben, sowohl im Bereich der Absicherung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Anbieter als auch mit einer sozial gestaffelten Tarifierung für die Patientin-

nen und Patienten und der Festlegung von Qualitätsstandards für die Inanspruchnahme derartiger Leistungen. Alles in allem ein toller Erfolg. Der nächste Schritt ist zu setzen. Es geht nun mehr um die Heimverordnung, die viele Details festlegen wird in den Pflegediensten. Und ich hoffe, daß es auch hier möglich sein wird, wie heute bei der Beschlußfassung über das Heimgesetz, eine einvernehmliche Lösung zu finden. Die Qualitätsstandards sind entsprechend festgelegt von Fachleuten und Expertinnen in diesem Bereich. Und wie gesagt, meine Einladung geht an alle, die hier bereit sind, einen Konsens zu finden auch dieser Verordnung in weiterer Folge - die wir dringend brauchen zur Qualitätssicherung - die notwendige Zustimmung zu erteilen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Dr. Strutz das Wort.)

Abgeordneter Dr. Strutz (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich möchte die Debatte nicht verlängern. Ich möchte nur zur Wahrheitsfindung, nachdem hier im Zusammenhang mit dem Personalbedarf doch einiges gesagt wurde, hier ein paar Fakten bringen. Ich möchte aber feststellen, daß nicht das Personal das Problem ist in dieser Angelegenheit, sondern das Problem - das wir heute und hier auch zu behandeln haben und gemeinsam korrigiert haben - ist die mangelnde Prüfungsmöglichkeit und die wird durch dieses Gesetz nun auch beseitigt.

Ich möchte aber doch zur immer wieder von der Frau Landesrätin aufgeworfenen Forderung nach mehr Personal und insbesondere jetzt im Zusammenhang mit der Heimaufsicht feststellen, daß sich die Frau Landesrätin in dieser Angelegenheit erstmals im Sommer am 26.07. an den Landeshauptmann gewandt hat. Und der Herr Landeshauptmann hat dieses Schreiben bereits zwei Tage später an die zuständige Landesamtsdirektion zur Prüfung weitergeleitet. Eine ergänzende Prüfung dieses Auftrages, den der Landeshauptmann unmittelbar - zwei Tage danach - veranlaßt hat, erging an den Landesamtsdirektor am 31.07. Und nachdem nichts geschehen ist, hat der Herr Landeshauptmann am 08.08. - ein Monat später - ein Urgenzschreiben an die Lan-

Dr. Strutz

desamtsdirektion gerichtet. (*Zwischenrufe von Abg. Mag. Cernic und Abg. Wulz*) Der erste ... Na, na, jetzt wartet's! Der erste Zwischenbericht von der Landesamtsdirektion wurde dem Landeshauptmann Ende August vorgelegt. Damals fehlte noch die Stellungnahme der Sanitätsdirektion.

Der zweite Bericht wurde von der Landesamtsdirektion Ende November übermittelt. Diese späte Vorlage wurde damit begründet, daß erst am 11. November schriftliche Personalwünsche der Abteilung 13 für den Stellenplan 2003 einlangten. Also erst im November hat die zuständige Abteilung der Landesregierung, der Landesrätin erst gesagt, wieviel Personal sie wirklich haben möchte für den Stellenplan 2003. (*Weitere Zwischenrufe von Abg. Cernic und Abg. Wulz*) Und dieses Schreiben der Leiterin der Abteilung 13 vom 11. November - bleiben wir schön bei den Fakten - vom 11. November 2002 sieht Personalverstärkungen - und jetzt bitte gut aufpassen - in mehreren Bereichen, jedoch nicht im Bereich der Heimaufsicht vor. Also das, was da jetzt dargestellt worden ist, entspricht nicht den Tatsachen, entspricht nicht den Fakten. Die Frau Landesrätin, die zuständige Abteilung hat in ihren Personalwünschen Verstärkung angefordert, aber nicht im Bereich der Heimaufsicht. Das ist einmal ein Faktum. (*Unruhe in der SPÖ-Fraktion*) Es hat auch die Leiterin der Abteilung 13, die Frau Dr. Berger-Malle, dies damit begründet, daß aus Sicht der Abteilung hier kein personeller Mehrbedarf besteht. Das können wir Ihnen alles schriftlich vorlegen. Also, das heißt im November hat die zuständige Landesrätin, hat die zuständige Abteilungsleiterin ganz klar gesagt: "Wir haben Personalwünsche, aber nicht im Bereich der Heimaufsicht und wir haben hier keinen Mehrbedarf, sondern dies eine von der Landesrätin mit dem Landeshauptmann noch zu klärende Frage sei und da möchte sie sich nicht einmischen." (*Weiter Unruhe in der SPÖ-Fraktion*)

Am 03.12., am 03. Dezember hat dann die Frau Landesrätin wiederum den Landeshauptmann in der Regierungssitzung ersucht, die Abteilung 13 für Kontrolltätigkeiten für Pflegeheime zur Verfügung zu stellen. Und die Landesamtsdirektion hat daraufhin die Amtswirtschaft und Controlling Abteilung sofort am 04.12. ersucht, raschest

möglich die Personalauslastung der Abteilung 13 zu evaluieren und einen abschließenden Bericht noch in diesem Jahr vorzulegen.

Weiters hat die Frau Landesrätin dann am 09. Dezember verwunderlicher Weise Personen als Prüfer oder Prüferinnen vorgeschlagen, welche zum Teil selbst in Pflegeheimen arbeiten bzw. an derartigen Heimen sogar beteiligt sind. Und aufgrund dieser Besprechung auch mit der Landesrätin am 09.12. hat der Herr Landeshauptmann in Abstimmung mit der Landesrätin am 10.12. die Landesamtsdirektion ersucht, ehest möglich eine Sitzung mit allen betroffenen Dienststellen einzuberufen, um hier so schnell wie möglich auch dieses Problem abzustellen. Und ich bin zuversichtlich, daß vor der nächsten Regierungssitzung diese Sitzung auch stattfinden kann.

Das möchte ich hier nur feststellen, das sind die Fakten, das ist der Schriftverkehr, Frau Kollegin, über die wir hier nicht hinweggehen sollen. Wenn wir hier in Einstimmung heute Mißstände behandeln, dann sollen wir bei der Wahrheit bleiben. Faktum ist, daß Ihre Frau Landesrätin selbst in der eigenen Abteilung nicht weiß, und es drunter und drüber geht, wo sie auch ihr Personal einsetzen soll, daß dort Mißstände herrschen. Die haben wir heute beseitigt. Freuen wir uns darüber. Aber eine Schuldzuweisung hier auch an den Landeshauptmann möchte ich auf das Schärfste zurückweisen. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Es gibt noch zwei Wortmeldungen zu dem Tagesordnungspunkt, die eine ist vom Herrn Abgeordneten Jost. Ich darf ihm das Wort erteilen!

Abgeordneter **Jost** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Dieses Gesetz ist ein großer Fortschritt und ich glaube, wir können alle sagen, daß dieses Gesetz auch mehrere Väter und Mütter - Mütter und Väter besser gesagt - hat.

Was aber wirklich in der Debatte total vergessen oder ignoriert wird, ist, daß auch in anderen Bundesländern die Kontrolle durch den Berufs-

Jost

verband von diplomierten Fachkräften optimal funktioniert. Und ich verstehe nicht, warum hier die SPÖ diese Art der Kontrolle durch diplomierte Fachkräfte, die auch Sachverständige sind, in einer derartigen Weise - wie es von Vordnerinnen passiert ist - abqualifiziert. Es spricht sehr viel dafür, daß man die Interessenvertretung und den Berufsverband der diplomierten Fachkräfte auch in diese Kontrolle einbindet. Denn damit einher geht auch eine Aufwertung des Pflegeberufes, die für alle Zukunft von großer Bedeutung ist. Denn es ist ja hier schon erwähnt worden, daß aufgrund der demographischen Entwicklung immer mehr Betreuung für ältere Menschen notwendig ist und da braucht man einen selbstbewußten Berufsverband, zu dem auch viele neue Mitglieder kommen und einen Beruf, den junge Leute gerne ergreifen.

Unser Modell hat gelaute, kurzfristig die gerichtlich beeideten Sachverständigen für Pflege, die es in Kärnten gibt, für diese Aufgabe heranzuziehen und aufgrund der Erfahrungen, die es dabei gibt auch eine Analyse vorzunehmen und dann möglicherweise auch die Amtssachverständigen aufzustocken. Das Modell bewährt sich in Vorarlberg. Die Sachverständigen erstatten Berichte an die zuständige Sozialabteilung des Landes und die dortigen Juristen verfassen dann eben die Bescheide, die sich aufgrund dieser Berichte ergeben.

Und was ich überhaupt nicht verstehe ist, wenn die SPÖ so für eine Kontrolle und für Qualität in den Altersheimen eintritt, warum sie selbst über ein Jahr die Einrichtung eines Pflegeanwaltes blockiert. (*Zwischenruf von Abg. Arbeiter*) Ein Pflegeanwalt wäre eine wichtige Ansprechstation für Betroffene, die halt irgendwelche Beschwerden vorbringen. Und über den Pflegeanwalt könnte man auch die Kontrolle gut steuern und sie dort einsetzen, wo sie vielleicht gebraucht wird.

Der wesentliche Punkt des neuen Gesetzes ist, daß diese Kontrolle überall dort ansetzen kann, wo familienfremde Personen gepflegt werden. Das ist ein ganz ein wesentlicher Teil, weil Menschen, die sich nicht mehr selber helfen können, brauchen die Hilfe anderer und die müssen wir auch möglich machen. Das ist mit dieser Gesetzesänderung notwendig. Wir wissen

aber, daß sie bei weitem nicht ausreichen wird. Sondern aufgrund der vorangegangenen Debatte gibt es noch mehrere Punkte: einheitliche Pflegedokumentation, Schaffung von Qualitätskriterien und, und das soll man auch nicht vergessen, das ist in einem Antrag von uns auch hier niedergeschrieben, daß wir uns auch den Kopf darüber zerbrechen müssen, wo und unter welchen Umständen dürfen auch freiheitsbeschränkende Maßnahmen in diesen Heimen stattfinden. Das ist noch ein komplett weißes Feld in dem jetzigen Heimgesetz. Das müssen wir unbedingt regeln, weil das sind wir auch den Mitarbeitern in diesen Einrichtungen schuldig, die vor dem Problem stehen, wenn aufgrund von medizinischen Aufgaben und medizinischen Notwendigkeiten eben freiheitsbeschränkende Maßnahmen erforderlich scheinen. Da müssen wir ihnen ein Instrument und eine Handhabe geben, nach denen sie auch vorgehen können, damit sie sich nicht in einem rechtsfreien Raum bewegen. Das sind Aufgaben, die wir - so hoffe ich - im Laufe des nächsten Jahres lösen können.

In diesem Sinne ist diese Gesetzesänderung ein erster Schritt, weitere müssen folgen. Und ich hoffe, daß es hier ähnliche Einstimmigkeit geben wird, wie das heute der Fall ist. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Die letzte Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 1 ist vom Abgeordneten Arbeiter. Ich darf ihn ans Rednerpult bitten!

Abgeordneter **Arbeiter** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe nicht vorgehabt, mich zu Wort zu melden, weil ich in gewissen Bereichen befangen bin, weil ich Patientinnen und Patienten kenne, die aus verschiedenen Einrichtungen auch in die Krankenhäuser kommen. Deswegen möchte ich zu diesen Themen auch nichts sagen.

Aber, Kollege Strutz, das Wesentlichste hast du vergessen, in der Aufzählung der Schreiben, die ganz sicher da sein werden. Nehme ich an. Ich werde das ganz deutlich da sagen. Vor Tagen hat bereits der Herr Landeshauptmann Haider

Arbeiter

mit dem Institut, dem Kollegen Liptajnik, eine Vereinbarung unterschrieben, wo all das, was heute von Seiten der Freiheitlichen eingebracht worden ist, dort bereits fixiert ist.

Kollege Strutz, ich nehme nicht an, daß du mich als „Lügner“ bezeichnest, weil du ganz genau weißt, daß diese Vereinbarung damals mit dem Hintergrund getroffen wurde - das möchte ich fairerweise sagen -, daß mit der zuständigen Sozialreferentin natürlich Einvernehmen herzustellen wäre. Es hat auch dieses Gespräch zwischen Haider und der Kollegin Schaubig, wenn ich richtig informiert bin und das bin ich meistens, gegeben. (*Abg. Dr. Wutte: Aha!*) Das heißt, unzuständigerweise hat der Herr Landeshauptmann eine Vereinbarung, eine Zusage über eine enorm hohe Summe - darüber kann man diskutieren, wenn man das Budget anschaut - bereits abgegeben. Ich bedauere sehr, daß er heute nicht da ist, weil ich hätte ihm zu dieser Vereinbarung sehr gerne ein paar Fragen gestellt, nämlich rechtliche Fragen.

Nachdem keiner der Vorredner, weder der FPÖ noch der ÖVP: Ich weiß nicht, ob die ÖVP diese Vereinbarung kennt, ich unterstelle es auch nicht. (*Abg. Sablatnig: Nein!*) Nur, ich habe sie persönlich mit Originalunterschrift - nachdem ich die Unterschrift des Herrn Haider und des Herrn Liptajnik sehr gut kenne - gesehen.

Umgekehrt, wenn ich den Kollegen Jost, der jetzt irgendwohin entfleucht ist, dann höre, hätte ich ihm auch gerne einige Fragen gestellt. Aber das wird im Rahmen der nächsten Debatten noch möglich sein, weil alles das, was er einbringt, ist nämlich nicht schlecht. Man vergißt immer, daß es auch viele Heime gibt, die in Ordnung sind, die ihre Tätigkeit in Ordnung machen. Es sind viele herinnen, die Angehörige gehabt haben, die tatsächlich bis zum letzten Ende gepflegt worden sind. Und man kann nicht alle in einen Topf werfen. Die schwarzen Schafe gehören aber kontrolliert und aufgezeigt. Ich glaube, daß die SPÖ immer dafür war, Kontrolle einzubringen. Nur, beim Heimgesetz, wie das seinerzeit beschlossen worden ist, ist das fast ins Lächerliche gezogen worden, daß man gesagt hat: "Ab drei Personen mindestens, bitte schön, auch die Möglichkeit der Kontrolle." Sie sind, Gott sei Dank, in diesem Entwurf, der heute ja beschlossen wird, als Gesetz.

Noch etwas: Ich habe persönlich von Sachverständigen, Gutachtern, Beratern kärntnerisch gesagt, wirklich die Nase voll! (*Abg. Dr. Wutte: Im Krankenhaus wundert mich das nicht!*) Nicht nur im Krankenhaus, aber auch im Krankenhaus, keine Frage! (*Heiterkeit*) Zum Beispiel ist der Herr Raming angeklagt - aber zweieinhalb Jahre ist noch nichts herausgekommen, weil die Gutachter noch immer nicht entscheiden, wobei ich der Meinung bin, daß das eine Sauerei ist, was damals in Richtung des damaligen Verwaltungsdirektors passiert ist. Kollege Wutte, ich habe es dir persönlich mehrere Male gesagt; auch dem Kollegen Sablatnig: Da kann ich auf Gutachter verzichten, die zweieinhalb Jahre zu etwas brauchen. Und wenn man jetzt einen Begutachter beauftragt, wird das mindestens drei Monate dauern oder noch länger, daß hier dann wirklich eine Kontrolle durchgeführt wird.

Ich stehe allerdings heute zu dieser Vereinbarung, wie ich zu allem stehe. Ich hoffe, daß es für die Pfleglinge, deren Betreuung wirklich der Kontrolle bedarf, eine Verbesserung der Situation bringen wird. Wenn es notwendig ist, wird man sowieso, wenn die Kontrollinstanzen des Landes nicht ausreichen, dann dementsprechende Gutachter einsetzen. Nur: Die sieben Gutachter, Kollege Strutz, die eben der Kollege Liptajnik eingebracht hat, haben erstens wenig Berechtigung, überhaupt gutachterlich tätig zu werden. Die müssen erst ansuchen. Das ist erst möglich, seitdem das Krankenpflegegesetz, nämlich die Eigenständigkeit der Berufsgruppe der gehobenen diplomierten Krankenpflege, geregelt hat, überhaupt zu erreichen, daß man es bekommt. Das ist gar keine Frage.

Die SPÖ wird den Kompromiß - wie immer, wenn wir gemeinsam zu einem Ergebnis kommen - selbstverständlich unterstützen. Ein bisschen mehr Feingefühl würde ich auch dem Kollegen Strutz zu diesem sehr sensiblen Thema schon anraten! Mit ein paar Schreiben, hin und her, hätte man das auch nicht gelöst. Hätten wir damals das Heimgesetz schon so gemacht, wie es wahrscheinlich auch viele wollten, dann hätten wir dieses Problem nämlich nicht gehabt. Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Klubobmann Abg. Dr. Strutz das Wort.*)

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Also, lieber Gebhard Arbeiter, im nachhinein sind wir alle gescheitert. Du bist genauso wie ich im Landtag gesessen. Ich möchte zu dem, was du hier gesagt hast, doch ein bisserl was sagen, weil du hörst natürlich schon das Gras wachsen, wenn du hier davon sprichst, daß der Landeshauptmann einen Vertrag jetzt mit Liptajnik unterschrieben hätte. Das ist, schlicht und einfach, nicht wahr! Das sage ich hier auch in aller Deutlichkeit! Aber es hat Überlegungen gegeben, und zu denen stehe ich auch, nämlich die (*Zwischenruf des Abg. Arbeiter*) - ja, dann komme heraus und lege den Vertrag vor! - Altenheimkontrolle durch den Berufsverband durchführen zu lassen, weil es, auch aus meiner Sicht, billiger und effizienter ist. Es gibt eben zwei unterschiedliche Ansätze dazu. Heute haben wir einmal einen Kompromiß gefunden. Der Plan von der Frau Landesrätin sieht vor, elf diplomierte Krankenschwestern aufzunehmen, welche als Amtsgutachter die Altenheime überprüfen. Diese Lösung - das muß man auch einmal in aller Deutlichkeit sagen - würde dem Land mindestens 450.000 Euro oder, umgerechnet, rund 6,5 Millionen Schilling kosten.

Jetzt möchte ich schon etwas sagen: Wir beschließen in den nächsten Tagen, nächste Woche, hier ein Budget, wo wir wieder eine Steigerung von 13 % im Sozialbereich haben, wo ihr das sogar ablehnt, wo ihr ja all diese Dienstposten, für die ihr euch heute auch starkmacht und immer mehr verlangt, ablehnt! Das soll man auch einmal in dieser Deutlichkeit hier im Hohen Haus sagen! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Es ist halt relativ einfach, zu sagen: "Mehr Personal! Mehr Personal!" Man muß dann auch hier hergehen und sagen: „Wie finanzieren wir es, und wo werden wir kürzen, damit wir in dem gemeinsam beschlossenen Finanzrahmen und Finanzplan bleiben?" Es steht außer Zweifel, daß damit auch viele Leerzeiten entstünden, wenn wir diesen Plan der Landesrätin so umgesetzt hätten, weil eine volle Auslastung dieser Arbeitskräfte sicher nicht in allen Bezirken gegeben ist. Außerdem entsteht dadurch auch eine unerwünschte Situation auf dem Arbeitsmarkt. Kollege Arbeiter, hast du einmal nachgedacht, daß die diplomierten Krankenpfleger, die wir in den Heimen und in den extramuralen Betreuungs-

gen benötigen, bei der Hauskrankenpflege fehlen, wo es derzeit bereits tatsächlich einen Mangel gibt. Es wäre kein gutes Signal, wenn das Land jetzt die Arbeitsplätze abzieht, wo eigentlich tatsächlich auch ein Mangel herrscht. Der Alternativplan - über den auch wir nachgedacht haben - sieht eine billigere und eine qualitätsgesicherte Regelung vor. Denn die Kontrolle der Altenheime in Form eines Werksvertrages mit dem Berufsverband der Krankenpfleger, mit dem Institut für Gesundheits- und Krankenpflege - wenn der Herr Liptajnik jetzt nicht dein Freund ist, dann kann ich nichts dafür -, würde aber, was Faktum ist, auch dem Land vergleichsweise weniger kosten, nämlich um mehr als ein Drittel. Der Berufsverband wäre bereit, diese Aufgabe um rund 150.000 Euro zu übernehmen. Das soll man auch - genau die gleiche Aufgabe - in dieser Deutlichkeit hier sagen!

Die Qualität ist sicherlich gesichert, denn bei der Qualität und der Verlässlichkeit der Kontrolle gäbe es im Vergleich zum Ansatz, den auch die Frau Landesrätin vorgeschlagen hat, definitiv keinen Unterschied. Denn der Berufsverband muß sich verpflichten, daß er für die Überprüfung der Heime nur die gerichtlich beideten Sachverständigen für Krankenpflege in seinen Reihen heranzieht. Derzeit sind dies sieben Kräfte, wobei der Berufsverband sich darum bemühen würde, daß auch weitere Pflegekräfte dazukommen könnten. Damit ist auch die Objektivität und die fachliche Kompetenz garantiert.

Die Gutachter des Berufsverbandes erstatten ihre Berichte an die Abteilung 13, welche auf deren Basis die hoheitliche Aufgabe von allenfalls notwendigen Bescheiderstellungen erfüllt. Dieses Modell der Bescheiderstellung auf Basis von privaten Gutachtern funktioniert ja auch in anderen Bereichen der Landesverwaltung. Das muß man ja sagen: Das ist ja ein Modell, das in vielen Bereichen der öffentlichen Verwaltung schon angewandt wird und dort auch funktioniert. Es müssen nicht immer Amtsgutachter sein.

Diese Lösung, die wir auch angedacht haben, hat vier große Vorteile: Sie ist wesentlich billiger, als wenn man neue Beamte aufnehmen würde. Sie bietet hundertprozentige auch fachliche Sicherheit. Drittens: Dieses Modell der Übertragung der Kontrolle auf den Berufsver-

Dr. Strutz

band funktioniert in Vorarlberg bereits bestens, und zwar seit Jahren. Das soll man hier auch einmal sagen. Es wäre, viertens, ein weiterer Schritt zur Verwaltungsvereinfachung, ähnlich der Übertragung auch von behördlichen Aufgaben an die Jägerschaft. Das haben wir uns ja auch zum Ziel gesetzt, alle miteinander: daß wir in diesem Bereich eine Verwaltungsvereinfachung herbeiführen.

Ich glaube, es ist nicht verboten, Kollege Arbeiter, über Alternativen nachzudenken. Ich bin zuversichtlich, daß wir jetzt ein Gespräch führen werden, wo wir über das Personal diskutieren werden, aber wo wir auch über alternative Vorschläge nachdenken sollen, die vielleicht dem Land viele Millionen Schilling ersparen würden, weil wir das alle, das Land und die Kärntner Steuerzahler, finanzieren müssen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

In dem Fall eine Gegenrede. Es gibt noch eine Wortmeldung, die vom Abgeordneten Arbeiter. Ich darf dir das Wort erteilen!

Abgeordneter **Arbeiter** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Zuerst einmal: Ich hätte eine tatsächliche Berichtigung machen können, habe mich aber zu Wort gemeldet. Ich bin auch nicht belehrend, Kollege Strutz - wie du mich seit Jahren kennst -, sondern ich muß dich schon informieren, daß das nicht der Berufsverband ist, von dem du da redest, sondern das ist ein privater Verein, der sich vom Krankenpflegeverband abgespalten hat. Er bekommt auch die Unterstützung in verschiedenen Dingen von unserer Seite. Das ist ein privater Verein. Überhaupt keine Frage. *(Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Gallo)* Das kannst höchstens du haben, mit so einem Verein, Kollege Gallo. Wir haben da keine Probleme. Wir unterstützen, wenn dort Arbeit geleistet wird, genauso auch von der Fachgruppe aus der Gewerkschaft.

Also hier richtig formulieren: Es ist nicht der Krankenpflegeverband. Auch Vorarlberg hat sich vom Krankenpflegeverband abgespalten. Kärnten ist aufgrund einer sehr schlechten Zu-

sammenarbeit mit den Wienern ausgetreten. Das ist ein privater Verein. Kollege Strutz, ich habe mit dem Herrn Liptajnik überhaupt keine Probleme, weil ich glaube, daß er fachlich in Ordnung ist und deshalb Sachverständiger ist. Deshalb haben wir heute auch dem Kompromiß zugestimmt, entweder vom Amt oder über Sachverständige dieses Gesetz, diese Kontrollen zu vollziehen.

Nur, eines hätte ich mir schon erwartet, wirklich erwartet: daß du als Parteiobmann der FPÖ weißt, was der Herr Landeshauptmann unterschreibt. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion. - Abg. Dr. Wutte: Das weiß er sonst auch nicht! - Heiterkeit.)*

(Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. - Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlußwort. - Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte.)

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Ich bitte die Damen und Herren, die Plätze einzunehmen! Ich darf über das Eingehen in die Spezialdebatte abstimmen. Wer dem zustimmt: Bitte um ein Zeichen mit der Hand! - Das ist einstimmig so beschlossen. *(Der Berichterstatter beantragt die ziffernmäßige Abstimmung.)*

Die ziffernmäßige Aufrufung und Abstimmung ist beantragt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand! - Auch das ist einstimmig so geschehen. Ich bitte, zu berichten!

Berichterstatter Abgeordneter **Kollmann** (SPÖ):

Artikel I - Das Kärntner Heimgesetz, LGBl. Nr. 7/1996, wird wie folgt geändert:

1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10

Ich beantrage die Annahme.

(Art. I mit den Z. 1 bis 10 wird einstimmig angenommen. - Berichterstatter:)

Artikel II - Übergangs- und Schlußbestimmungen

Ich beantrage die Annahme.

Kollmann

(Art. II wird einstimmig angenommen. - Vorsitzender: Kopf und Eingang! - Berichterstatter:)

Das Gesetz vom 12. 12. 2002, mit dem das Kärntner Heimgesetz K - HG geändert wird

Der Landtag von Kärnten hat beschlossen:

Ich beantrage die Annahme.

(Kopf und Eingang werden einstimmig angenommen. - Vorsitzender: Ich bitte um die dritte Lesung! - Berichterstatter:)

Der Landtag wolle beschließen:

Dem Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Kärntner Heimgesetz geändert wird, wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich beantrage die Annahme.

(Der Gesetzentwurf wird in dritter Lesung einstimmig angenommen.)

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Damit ist der Tagesordnungspunkt 1 erledigt. - Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2:

2. Ldtgs.Zl. 620-2/28:**Bericht und Antrag des Ausschusses für Familie, Soziales und Gesundheit betreffend gesetzliche Anerkennung für den Beruf Arzthelferin**

Berichterstatter ist ebenfalls der Herr Abgeordnete Kollmann. Ich erteile ihm das Wort!

Berichterstatter Abgeordneter **Kollmann** (SPÖ):

Im Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit wurde am 3. Dezember dieser Antrag einstimmig beschlossen, in dem es sich um die Anerkennung des Berufes der Arzthelferin und des Arzthelfers handelt. Es geht darum, daß nach dem ASVG auch diese Berufsgruppe kollektivvertragsfähig wird.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte und erteilt Abg. Warmuth das Wort.)

Abgeordnete **Warmuth** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Wenn wir von einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung sprechen, dürfen wir nicht vergessen, daß die Mitarbeiter in den Gesundheitseinrichtungen eine wichtige Rolle dabei spielen. *(Den Vorsitz übernimmt um 12.44 Uhr 2. Präs. Ferlitsch.)*

Es ist daher wesentlich, daß Berufsbilder im Gesundheitswesen klar definiert und sowohl sozialrechtlich als auch arbeitsrechtlich abgesichert werden. Im konkreten Fall der beruflichen Tätigkeit der Arzthelferin besteht bereits seit zehn Jahren Nachholbedarf. Die Arzthelferin erhält leider keinen Lehrabschluß im herkömmlichen Sinn, sondern dies ist lediglich ein sogenannter Anlernberuf. Ein Jahr lang bekommen - *(Zwiegespräche in der ÖVP-Regierungsbank. - Zum Abg. Ing. Eberhard:)* Gustl, nicht so laut! - die Arzthelferlehrlinge einmal wöchentlich theoretischen Unterricht. Die übrige Zeit besteht aus Praxis in der Ordination des jeweiligen Arztes.

Diese Anlernlinge sind wesentlich schlechter gestellt als Lehrlinge im dualen Ausbildungssystem. Immerhin erhalten jene Lehrlinge, die in der Lehrlingsstelle der Wirtschaftskammer registriert sind, zumindest einen Fahrtkostenzuschuß während ihrer Ausbildung. Dies ist leider bei den Arzthelferanlernlingen nicht der Fall. Auch müssen Arzthelfer ihre theoretischen Ausbildungskurse selbst bezahlen, da man sich hier seit einem Jahrzehnt nicht dazu entschließen kann, diesen jungen Menschen die gesetzliche Anerkennung ihres Berufes zuzugestehen.

Mit in eine neue Regelung muß daher eingebracht werden, der Berufsschutz für Arbeitnehmerinnen. Derzeit bestehen für diese Berufsgruppe in Bezug auf Pensionsansprüche bzw. die Arbeitslosigkeit erhebliche Nachteile. Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist eine traurige Tatsache, daß eine Lösung zu Gunsten des Arzthelferberufes seit drei Parlamentsperioden verschleppt und keiner fairen und zukunftsorientierten Beschlußfassung zugeführt wurde. Es wird daher notwendig sein, daß der Gesundheitsreferent von Kärnten, nach Konstituierung der neuen Bundesregierung, raschest eine Lösung in Form einer dreijährigen dualen Ausbildung mit Berufschulbesuch erreicht. Profitieren

Warmuth

werden dadurch nicht nur die ausgebildeten und gut situierten Arzthelferinnen, sondern vor allem auch die Patienten in unserem Bundesland. Selbstverständlich werden wir daher diesem Antrag unsere Zustimmung geben. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Arbeiter das Wort.)

Abgeordneter **Arbeiter** (SPÖ):

(Abg. Sablatnig, Abg. Ing. Eberhard, LR Wurmitzer und Abg. Lutschounig unterhalten sich lauthals in den Bänken. - Es herrscht Unaufmerksamkeit im Hause.) Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Die SPÖ hat diesen Antrag aus berechtigten Gründen, die auch fachlich und sachlich von der Kollegin Warmuth untermauert worden sind, eingebracht. Und ich freue mich darüber, daß es hier scheinbar Einstimmigkeit geben wird, was eigentlich die sachliche Arbeit eigentlich im Sozialausschuß in der letzten Zeit nach sich bringen sollte, auch in anderen Fragen. Aber wir haben auch andere Berufsgruppen, die ich hier anhängen möchte. Die erste - da muß ich nicht nachreden, was die Frau Kollegin Warmuth richtigerweise eingebracht hat - wir haben auch keinen Berufsschutz bittschön für ganz große Berufsgruppen, zum Beispiel Pfleghelfer, Altenfachbetreuer. Die ständige Diskussion der gesetzlichen Anerkennung unter anderem, anderer Berufsgruppen, die - glaube ich - endlich einmal über den Bund draußen über ein einheitliches Gesetz geregelt gehören. Die Arzthelferinnen gehören natürlich dazu, weil was derzeit teilweise an Ausbeutung bei diesen jungen Kolleginnen, überwiegend Frauen, hier gemacht wird, geht ja wirklich auf die berühmte "Kärntner Kuhhaut" nicht mehr hinauf und es sollte in diese Richtung wirklich etwas passieren. Ich hoffe, daß es bald eine Regierung geben wird - wie immer sie ausschauen sollte - und der zuständige Sozialminister - wer das immer dann sein wird - sollte dementsprechend auch von Kärnten aus aufgefordert werden, hier wirklich die versprochene Lösung - die ja, wie ich glaube, schon seit am Tisch liegt - endlich einzuführen. Es kann nicht sein, daß jene Berufsgruppen - es gibt ja noch mehrere - die keine Berufsfähigkeit bekommen, gegenüber anderen krass

benachteiligt sind in diesen schweren Berufsgruppen. Und ich hoffe, daß alle drei Fraktionen diesen Antrag nicht nur unterstützen, sondern dementsprechend dann auch Druck Richtung Wien machen. Ich danke. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Es liegt mir keine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt vor. *(Abg. Sablatnig verneint dies und sagt, er hätte dazu eine Wortmeldung abgegeben.)* TOP 3 hast du drauf. Ja, du hast aber draufgeschrieben. *(Abg. Sablatnig klärt den Irrtum auf und geht ans Rednerpult.)* Entschuldigung, dann stelle ich richtig. Am Wort ist Herr Abgeordneter Sablatnig.

Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Danke, Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Der vorliegende Tagesordnungspunkt wird selbstverständlich unsere Zustimmung erfahren, weil wir der Auffassung sind, daß er die Qualität der Ausbildung, auch die Qualität der Dienstleistung, sicherstellt. Ich möchte aber vorweg einen kleinen Exkurs machen, daß wir im Kärntner Landtag schon vor einem Jahr den Antrag gestellt haben und diesen Antrag auch beschlossen haben, daß die Altenfachbetreuer in Kärnten auch eine fachliche Anerkennung finden. Es hat die Frau Landesrätin Schaunig-Kandut diesen Beschluß des Kärntner Landtages nicht vollzogen. Und ich freue mich nun, daß die Sozialdemokraten in gleicher Weise einen anderen Antrag für eine andere Berufsgruppe einbringen und ich hoffe, daß man dann gemeinsam zu einer Lösung kommt, daß die Altenfachbetreuer - die bereits ausgebildet werden und bereits als solche tätig sind - ebenso die Anerkennung finden wie die Arzthelfer und die Arzthelferinnen. Die Begründung des Antrages scheint mir nicht so konkret zu sein, daß man davon ausgehen kann, daß es sich hier tatsächlich um einen Lehrberuf handelt. Die Bundesregierung hat in der letzten Legislaturperiode insgesamt 73 neue Berufsbilder geschaffen und es waren bei diesen 73 offensichtlich der Arzthelfer und die Arzthelferinnen nicht dabei. Ich bin gerne bereit,

Sablatnig

auf der Ebene des Bundes hier meinen Beitrag zu leisten in diesem Ausschuß, in dem ich mitwirke, daß man hier eine Voraussetzung dafür schafft, daß es hier um die Schaffung eines neuen Lehrberufes gehen wird. Und das hat eine Reihe von Vorteilen für die Auszubildenden, weil sie die Ansprüche der Lehrlinge für sich wirken lassen können.

Die zweite Frage ist die, daß, wenn es sich um eine duale Ausbildung handelt, die Schulausbildung ebenfalls angerechnet werden soll. Aber sie soll im Zuge der Lehrausbildung Anrechnung finden. Und der dritte Punkt ist, wenn eine Berufsgruppe öffentliche Anerkennung findet, daß es dann auch die Möglichkeit gibt, Kollektivvertragsverhandlungen zu führen und eine entsprechende Finanzierung bzw. entsprechendes Entgelt für die Arbeitsleistung zu bekommen. Das sind die drei Dinge, die wir auf alle Fälle mitunterstützen und meinen, daß wir dadurch auch eine Reihe von zusätzlichen Lehrberufen schaffen könnten, die für junge Menschen wichtig sind. Danke. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

(Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, erteilt der Vorsitzende dem Berichterstatter das Schlußwort. - Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte. - Dieser Antrag wird einstimmig so angenommen.)

Berichterstatter Abgeordneter **Kollmann** (SPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung die gesetzliche Anerkennung des Berufes ArzthelferIn zu erreichen.

Ich beantrage die Annahme.

(Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Wir kommen zum Antrag

3. Ldtgs.Zl. 256-11/28:

Bericht des Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschusses zur Regierungsvorlage betreffend Österreichischen Stabilitätspakt 2001; Ergebnis der Beratungen des Österreichischen Koordinationskomitees vom 30.10.2002; Einrichtung eines Landes-Koordinationskomitees

Berichterstatter ist Präsident Mitterer. Ich erteile dir das Wort!

Berichterstatter Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Mit dem Österreichischen Stabilitätspakt 2001, abgeschlossen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, werden Bestimmungen über die verstärkte Stabilitätsorientierung, eine gemeinsame Haushaltskoordinierung, die mittelfristige Ausrichtung der Haushaltsführung, die Erstellung der Stabilitätsprogramme beim Informationssystem, die Ermittlung der Haushaltsergebnisse, ein Sanktionsmechanismus, die Aufteilung der Lasten auf Bund, Länder und Gemeinden sowie die allfälligen Sanktionen gegen Österreich im Sinne resultieren, vereinbart, weil diese Vereinbarungen vor allem in die Vorsitzführung des Landeshauptmannes Dr. Jörg Haider fallen, der in der ersten Hälfte des Jahres 2001 Vorsitzender der Landeshauptleutenkonferenz war. Wir erinnern uns also noch an das harte Ringen im Bereich der Länder, auch mit dem Finanzminister. Es wurden auch für die Haushaltskoordinierung in den einzelnen Ländern, mit Ausnahme in Wien, im Verhältnis zwischen Land und Gemeinden, Länderkoordinationskomitees gebildet, in denen die Vertreter des Landes, der jeweiligen Landesverbände, des Österreichischen Gemeindebundes und Städtebundes, vertreten sind.

Es wurde in der Folge dann auch in einigen anderen Tagesordnungspunkten beraten. So wurde also am 30.10.2002 eine Beratung des Österreichischen Koordinationskomitees im Punkt 1 "Bericht und Statistik über außerordentliche Stabilitätsbeiträge, im Punkt 2 über die Flutwasserskatastrophe im August 2002 beraten und 3.

Mitterer

Landescontrolling, 4. wirtschaftliche Situation aus dem Bericht 2003/2004 und Beschluß der Euro-Gruppe vom 7. Oktober 2002 und letztlich 6. Beschluß über die Geschäftsordnung des Österreichischen Koordinationskomitees und damit auch die für die Länder geltende Geschäftsordnung. Ich darf da hier festhalten, daß hier im § 2 festgestellt wird, daß den Koordinationsgremien der Länder angehören: Der Landesfinanzreferent, in diesem Fall Landeshauptmann-Stellvertreter Pfeifenberger für Kärnten; der Gemeindereferent Landesrat Wurmitzer und die Vertreter des Kärntner Gemeindebundes und des Österreichischen Städtebundes.

Ich darf um das Eingehen in die Generaldebatte ersuchen.

(Der Vorsitzende öffnet und schließt gleichzeitig wieder die Generaldebatte, da keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt. Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlußwort. - Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte. - Dieser Antrag wird einstimmig so angenommen. - Berichterstatter:)

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Ergebnisse der Beratungen des Österreichischen Koordinationskomitees vom 30. Oktober 2002 und der Bericht über die Einrichtung eines Landes-Koordinationskomitees aufgrund des Österreichischen Stabilitätspaktes 2001 werden zur Kenntnis genommen.

Ich beantrage die Annahme.

(Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

4. Ldtgs.Zl. 275-11/28:

Bericht und Antrag des Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschusses betreffend den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes im Bezug auf das Bundesland Kärnten - Verwaltungsjahr 2001

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Mag. Neuner. - Ich erteile dir das Wort!

Berichterstatter Abgeordneter **Mag. Neuner** (FPÖ):

Sehr geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Im gegenständlichen Tagesordnungspunkt geht es um den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes im Bezug auf das Bundesland Kärnten, Verwaltungsjahr 2001. Er gliedert sich in einen allgemeinen und in einen besonderen Teil. Allgemeiner Teil: Vorlage an den Landtag, Darstellung der Prüfungsergebnisse. Besonderer Teil im Bereich des Bundeslandes Kärnten: Unerledigte Anregungen aus Vorjahren und Prüfungsergebnisse. Dann, Vergleich aller Bundesländer, Wirkungsbereich des Abwasserverbandes Wörthersee/West; Gebarung Abwasserverband - er liegt Ihnen ausreichend vor.

Ich bitte um das Eingehen in die Generaldebatte.

(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte und erteilt Abg. Gritsch das Wort.)

Abgeordneter **Gritsch** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Beim Umbau der Landesverwaltung des Amtes der Landesregierung sowie der Bezirkshauptmannschaften befindet sich Kärnten auf einem sehr guten Weg. Wenn auch der erforderliche Reifegrad noch nicht erreicht sei, habe das Land mit den bisherigen Maßnahmen doch bereits einen hohen Stand an Zielerreichung und Aufgabenerfüllung erreicht, lobte der Rechnungshof, der das im Jahr 2000 gestartete Reformprojekt New-Public-Management unter die Lupe nahm. *(Den Vorsitz übernimmt um 12.57 Uhr 3. Präs. Mitterer.)* Neben diesem Projekt verfolgte das Land weitere Innovationsprojekte, wie zum Beispiel, Budgetcenter bei den Bezirkshauptmannschaften, Errichtung einer Landesimmobiliengesellschaft, Reform der Agrarbehörden und Sparmaßnahmen in der Personalverwaltung. Die Gesamtzahl der Planstellen im Verwaltungsbereich lag im Stellenplan 2002 rund 78 Posten unter jener des Stellenplanes 1978.

Zur besseren Kundenorientierung empfiehlt der Rechnungshof dem Bürger zu einer Anlaufstelle

Gritsch

im Internet bzw. zu einem Telefoncenter zu leiten. Der Bürger sollte alle gewünschten Dienstleistungen an einer einzigen Stelle erhalten. Sehr Positives kam auch von den Landeswohnbaugesellschaften, der Neuen Heimat und der Kärntner Heimstätte, die bei der Eigenmittelverzinsung ihre Ansprüche zu Gunsten der Mieter zurückschraubten. Auch Kritikpunkte gab es, wie zum Beispiel beim Abwasserverband Wörthersee/West, wo das abgelehnte Angebot, die Gemeinde Ludmannsdorf zu integrieren, etwa 1,45 Millionen Euro und 0,15 Millionen Euro an jährlichen Betriebskosten bedeuten würde. Daher auch dementsprechende Empfehlungen, wie zum Beispiel aushaftende Beiträge einzufordern, vor allem aber auch in Hinkunft detaillierter und genauer zu planen sind. Trotzdem gute Noten für die Kärntner Verwaltung, die uns mit berechtigtem Stolz erfüllen. Danke. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

(Da keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, erteilt der Vorsitzende dem Berichterstatter das Schlußwort. - Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte. - Dieser Antrag wird einstimmig so angenommen.)

Berichterstatter Abgeordneter **Mag. Neuner** (FPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Der Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes im Bezug auf das Bundesland Kärnten, Verwaltungsjahr 2001, Zl. 001.502/052-E1/02 Reihe Kärnten 2002/2, wird zur Kenntnis genommen.

Ich bitte um Annahme.

(Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.)

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Damit ist der Tagesordnungspunkt 4 erledigt. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

5. Ldtgs.Zl. 629-2/28:

Bericht und Antrag des Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschusses zur Regierungs-

vorlage betreffend den Wirtschaftsbericht 2001

Abgeordneter Gritsch ist der Berichterstatter. Ich darf ihm das Wort erteilen.

Berichterstatter Abgeordneter **Gritsch** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! In den letzten Jahren wurde von Seiten der Wirtschaftspolitik eine verstärkte Argumentation auf Technologie und Innovation in der Wirtschaftsförderung und Entwicklung gelegt und dabei versucht, Schwerpunktsetzungen durch Cluster- und Netzwerkinitiativen oder die Einrichtung des Technologiefonds Kärnten zu legen.

Das Jahr 2001 war aber auch geprägt von einer allgemeinen Konjunkturabkühlung, die ab dem zweiten Quartal auch die österreichische und damit die Kärntner Wirtschaft erfaßte, wobei Kärnten stärker auf den Konjunkturabschwung reagierte als der Österreichdurchschnitt. Nebenbei gab es aber auch sehr viele positive Entwicklungen, die zu beobachten waren.

Ich beantrage somit das Eingehen in die Generaldebatte.

(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte und erteilt Abg. Mag. Neuner das Wort.)

Abgeordneter **Mag. Neuner** (FPÖ):

Sehr geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! In diesem Bericht, der erstmalig durchgeführt worden ist vom Joanneum-Research, wird Kärnten ein sehr positives Zeugnis ausgestellt. Wenn wir jetzt die Wirtschaftsförderung über den KWF - da gibt es die drei großen BABEG, KWF und Kärnten Technologieland ... Über den KWF werden beachtliche Mittel für die Förderungen der Kärntner Unternehmen bereitgestellt, die auch mit EU-Mittel kofinanziert werden. So wurden 2001 mit Förderungen in der Höhe von 46,2 Millionen Euro Projekte in einem Investitionsvolumen von 917,8 Millionen Euro unterstützt. Diese Werte liegen damit weit über dem Durchschnitt, der lange Jahre in Kärnten ausgegeben worden ist. Insgesamt - und das muß man auch von den Arbeitszahlen betrachten - wurden Unternehmen mit 16.200 Arbeitsplätzen unter-

Mag. Neuner

stützt. Annähernd 2.000 Arbeitsplätze davon planen die Unternehmen in Kärnten durch die Projekte neu zu schaffen.

Positiv in diesem Bericht ist auch herausgekommen: Von Seiten des Landes wurden erhebliche Anstrengungen einerseits zum Abbau von Schulden, damit die Zinsbelastung nicht zunimmt und andererseits zur Erreichung der Maastricht-Ziele Österreichs unternommen. Und da waren in diesem Jahr die wichtigsten finanzpolitischen Maßnahmen.

Dann werden in dieser Studie Empfehlungen und Schwerpunkte gesetzt, dort spricht man von Schaffung kritischen Größen, das ist also ein Zentralraum, daß das zusammengefaßt wird diese Cluster-Philosophie. Es sollte nicht mehr wie fünf Zentralzentren geben in ganz Kärnten. Dann sind natürlich die Humanressourcen also die Ausbildung, die Universitäten, diese Tourismus und ländlichen Regionen zu stärken. Und da ist ja im Budget 2003 vorgreifend von den 242 Millionen Euro Mehrausgaben über 50 Prozent auch für ländliches Wegenetz, Sozialbereich, Pflegeheime, Tourismus, usw. geplant. Das heißt, daß faktisch daraus Beschäftigungs- und Wirtschaftsimpulse entstehen sollen, daß dann schlußendlich zu privaten Konsum führt und für alle eigentlich nur von Vorteil sein kann. Also durchaus ein sehr positiver Bericht, trotz der derzeit nicht angenehmen Konjunkturlage auf der ganzen Welt. Danke! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Hinterleitner das Wort.)

Abgeordneter **Hinterleitner** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Ich bewundere meinen Vorredner, wie er aus diesem Bericht diese positiven Ergebnisse herauslesen kann. *(Heiterkeit in der FPÖ-Fraktion)* Wenn ich also diesen gleichen Bericht vor mir liegen habe, Herr Kollege Neuner, dann lese ich da etwas anderes. Aber das ist halt so, wie man gerne einen Artikel lesen möchte, so empfindet man.

Geschätzte Damen und Herren! Wenn ich mir sozusagen analytisch diesen Bericht zu Gemüte führe und feststellen muß, daß gerade in Bezug

auf Struktur und Dynamik der Kärntner Wirtschaft in der Gesamtbeurteilung zu dem übrigen Österreich im untersten Bereich Kärnten liegt, nur 85 Prozent von 100 Prozent des österreichischen Niveaus erreicht, dann ist das nicht etwas, das gerade zur Jubelstimmung Anlaß gibt. Und deshalb halte ich hier fest, daß bei diesem Bericht und in diesem Bericht klar hervorgeht, daß hier einiges noch zu tun ist, um entwicklungs-massive Maßnahmen zu setzen, damit auch der Wirtschaftsstandort ein stabilisierender und besserer wird. Ich halte nur die konturelle Entwicklung fest, die gerade in Kärnten - und ich bedauere das hier sagen zu müssen - einen konjunkturellen Abschwung feststellt, der stärker ist als in den übrigen österreichischen Bundesländern. Das ist Faktum. Das ist nachlesbar. Das ist aus diesem Bericht herauszulesen, geschätzte Damen und Herren!

Was ebenfalls herauszulesen ist, wenn wir auf dem Bereich dieser Förderungen gehen. Es kann nicht angehen, wie es auch jetzt hier in der letzten Zeit vom Finanzreferenten durchgeführt wurde, daß sich die Politik in die Wirtschaftsförderungsbelange einmischt. Ich denke allein an die Mittelverteilung KWF oder Technologie. Im KWF selbst haben wir Fachleute sitzen, haben ein Kuratorium und hier haben diese Kuratoren zu entscheiden, welche Form von Wirtschaftspolitik die richtige ist. Die Politik als solche hier im Lande und auch die des Finanzreferenten hat nur die Rahmenbedingungen vorzugeben uns sonst schlußendlich gar nichts. Und hier lehne ich es auch an dieser Stelle auch zu diesem Bericht kategorisch ab, meine Damen und Herren, daß gerade der Finanzreferent immer wieder sich bemüht fühlt und Ansätze zeigt, sich in den operativen Bereich dieser Förderungen einzumischen. Ich halte gelinde gesagt nichts davon, weil die Wirtschaft sehr genau weiß, was sie hier in diesem Bereich zu tun hat. Es geht auch klar hervor, meine Damen und Herren, zu den Wirtschaftsimpulsen, daß wir richtiger Weise gut daran tun, in größeren Einheiten zu sehen. Daß hier in diesem Bericht steht "Technologie gehört unterstützt, es gehören die Zentralräume unterstützt." Aber damit verbunden geht auch klar hervor, daß die Auswirkungen auf die dezentralen Wirtschaftsräume durch gut funktionierende Zentralräume gesichert ist und damit natürlich auch wieder das Augenmerk

Hinterleitner

- was ich schon einmal hier sagte - auf den mittelständischen Wirtschaftsbereich zu richten ist - Punkt 2.

Punkt 3, meine Damen und Herren, ein Bericht auch über den Tourismus. Die Nächtigungszahlen, die hier natürlich als positiv vermerkt sind, sind es nicht, die die wirtschaftliche Ertragssituation im Lande darstellt. Auch hier geht klar hervor, daß es die Aufgabe des Landes ist, entsprechende Maßnahmen im infrastrukturellen Bereich zu setzen, daß es zur Viersaisonalität im Tourismus kommt. Ich sage das hier deutlich, das sind alles jene Teile im Bericht, die hier klar herauszulesen sind. Und ich wünsche mir, daß hier von den zuständigen in der Regierung Verantwortlichen die nötigen Schlüsse daraus gezogen werden, damit also hier die Impulse in die richtige Richtung kanalisiert werden können. Ich danke Ihnen! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion - Zwiegespräch von Abg. Dipl.-Ing. Gallo und Abg. Hinterleitner)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Dr. Kaiser das Wort.)

Abgeordneter **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich fange mit dem Gemeinsamen an. Gemeinsam ist, daß dieser Bericht im zuständigen Ausschuß einstimmig zur Kenntnis genommen wird und ich denke damit hat es sich an Gemeinsamkeit - was ich aus den bisherigen beiden Wortmeldungen herausgelesen habe - bereits. Ich tendiere auch dazu, daß ich die Kenndaten dieses Berichtes anders interpretiere, als es der erste Redner der FPÖ-Fraktion gemacht hat. Weil ich glaube, daß eine zu geschönte Interpretation dieses Wirtschaftsberichtes natürlich auch zwangsläufig zu falschen Reaktionen und damit zu falschen Handeln führen wird.

Ich erlaube mir daher aus Sicht der SPÖ-Fraktion die Kernpunkte dieses Wirtschaftsberichtes aus meiner Sicht so zu deuten, daß wir hier sehr, sehr viel an Handlungsbedarf in absehbarer Zeit haben werden. Ein paar Kenndaten seien meiner Analyse vorangestellt. Sechs Prozent des österreichischen Bruttoinlandsproduktes werden in unserem Bundesland erwirtschaftet. Damit haben wir, wenn wir das Herunterbre-

chen auf das Pro-Kopf-Kaufvermögen in etwa nur 85 Prozent des österreichischen Durchschnittes erreicht. Eine Kenndata, an der es auf alle Fälle im positiven Sinne zu arbeiten gilt. Im Beobachtungszeitraum dieses Berichtes - und auch das ist ja mit heranzuziehen - kam es zu einem sehr großen Branchenstrukturwandel in Richtung Technologie und Innovation durch entsprechende Wirtschaftsförderungen, was ich als positiv herausstreiche. Die Gesamtdynamik der Kärntner Wirtschaft und das ist aber auch das Resultat, das in diesem Bericht implizit drinnen ist, hat dazu geführt, daß wir in zwei ganz entscheidenden Kerndaten - und Klubobmann Unterrieder weist nahezu in jeder Rede darauf hin, daß wir in zwei entscheidenden Kerndaten rückläufige Tendenzen haben im Vergleich zur Entwicklung im österreichischen Durchschnitt. Das ist erstens die Beschäftigungsentwicklung, die auf das Jahr gesehen im Durchschnitt leichter sinkt, schwerere Auswirkungen hat.

Der zweite Bereich ist die Wertschöpfungsentwicklung, die auch unter dem österreichischen Schnitt liegt. 2001 und das ist das letzte Jahr, das in diesem Konjunkturbericht herangezogen wird, hat eine insgesamt Konjunkturabkühlung gebracht. Auch hier hat die Kärntner Wirtschaft stärker als im Durchschnitt die österreichische Wirtschaft darauf reagiert. Wir haben daher insgesamt im Vergleich zum österreichischen Durchschnitt schlechtere Kenndaten. Die Kenndaten im Bereich der Beschäftigung, die in Österreich um 0,4 Prozent im Jahr 2001 expandiert sind, sind in Kärnten lediglich um 0,3 Prozent expandiert. Der Zuwachs der Bruttowertschöpfung ist in Österreich um 0,8 Prozent gestiegen im Schnitt, in Kärnten nur um 0,2. Und, meine Damen und Herren, wenn man weiß, was Bruttowertschöpfung in der Wirtschaft bedeutet, dann weiß man, daß diese Kenndaten in letzter Konsequenz auch anzeigen, daß wir hier vermehrt im produktiven Bereich, im investiven Bereich Maßnahmen zu setzen haben werden.

Ich verschweige nicht, daß es positive Aspekte in diesem Bericht auch gibt, die auch insgesamt der Politik in Branchenbereichen ein positives Zeugnis ausstellen. Eine jener positiven Branchen, die aber leider im Gesamtvergleich unterbewertet sind, ist der Bereich des Tourismus wo

Dr. Kaiser

wir im Vergleich zum österreichischen Durchschnitt überdurchschnittliche Daten, was Nächtigungen und was die Einnahmensituation im Tourismussektor betrifft, aufgezeigt werden.

Was sind daher die politischen Schlußfolgerungen? Und dafür soll ja ein Bericht, der hier im Hohen Landtag diskutiert wird ja auch dienen: Welche Schlußfolgerungen ziehen wir aus diesem Bericht? Der erste Punkt, der zweifelsohne ganz klar festzumachen ist, ist daß es zu einer Weiterführung von technologie- und qualifikationsorientierten Initiativen zu kommen hat. Aufgabe auch der Politik muß es sein, die Leitlinien und die Rahmenbedingungen im speziellen Fall im Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds auch so zu gestalten, daß der Anteil von Förderungen in diesen innovativen Bereich die Kennzahl von derzeit 44 Prozent klar überschreiten wird müssen. Wir würden uns damit auch in Akkordanz - das sei hinzugefügt - zur Erklärung der Europäischen Union des Rates von Lissabon im Jahr 2000 befinden.

Zweiter Punkt - und jetzt mögen vielleicht meine Klagenfurter Kollegen etwas verwundert sein -, daß ich hier als positives Beispiel weil auch im Bericht implizit genannt - Villach heranziehe. Konzentration von Regionen auf Kernkompetenzen ist einer der wichtigsten Schlüssel für zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik. Im Bereich Villach ist es mit Silicon-Alps, mit der Formung von Technologie-Clustern ausgezeichnet gelungen, genau diese Zeitentwicklung auf dem Wirtschaftssektor voranzutreiben. Und ich denke, daß das als ein positives Beispiel auch über die Region hinaus gilt. Das heißt Konzentration von Regionen auf Kernkompetenzen ist eine unmittelbare Schlußfolgerung aus diesem Bericht.

Der dritte Bereich: Es geht um die Forcierung von Ausbildung und um die Forcierung von Qualifizierung in allen Bereichen. Diese Qualifizierungsoffensive ist unabdingbar für eine internationale Wettbewerbsfähigkeit, meine Damen und Herren! Es ist daher sehr viel von uns und sehr viel mehr in die Stärkung von Humankapitalbildungen zu investieren. Und das geht - um es auf den Punkt zu bringen - von Kindergarten-Vorschulbereich, Pflichtschulbereich - aus unserer Sicht auch hin zu einer gemeinsamen Mittelstufe - bis zu den Studienfach-

hochschulbereich und Postgraduatstudien. Investitionen in das Humankapital werden letztendlich der Schlüssel für zukünftige wirtschaftliche Erfolge sein. Und auch da, meine Damen und Herren, soll nicht verschwiegen werden, daß in dem Bericht ausgewiesen wird, daß die im Österreichdurchschnitts vergleichweisen Kennzeichen, was die höhere Qualifikation und Ausbildung betrifft, Kärnten im unteren Rahmenbereich liegt. Eine Schlußfolgerung, die sofort auf dem Bildungsweg da zu Maßnahmen führen muß.

Vierter Punkt, den ich als Analyse aus diesem Wirtschaftsbericht ziehe, der natürlich dann auch in Politik zu gießen ist. Wir müssen das Hoffungssegment, das es derzeit im Klagenfurter Bereich gibt, nämlich jener der Informationstechnologie und Softwareentwicklung unbedingt forcieren. Lakesidepark ist einer jener Bereiche, der positiver Weise außer des Parteienstreites steht. Und ich glaube auch, daß eine engere Zusammenführung von Fachhochschule, Lakesidepark, Innovationen aber auch der Informatikern der Universität Klagenfurt hier genau diese Verbindungen und Synergien zustande bringt, die für eine zukunftsorientierte Politik in diesem Informations-, Technologie-, und Softwareentwicklungsbereich notwendig ist.

Wir sollen uns aber auch - und da, denke ich, werden wir uns auch politisch an der Nase nehmen -, wenn wir den Bericht anschauen, vermehrt bemühen müssen, in erneuerbare Energien und in die Umwelttechnik zu forcieren. Ein Blick in die dafür zur Verfügung gestellten Budgetmittel des Landes zeigt, daß der Handlungsbedarf hier ein sehr großer ist; um so mehr ein sehr großer ist, weil auch der gesamte Bereich der Nachhaltigkeit von diesen beiden Wirtschaftsfaktoren entscheidend beeinflusst wird.

Wir haben - auch das ist im Wirtschaftsbericht drinnen - Aufholtendenzen im Bereich "Forschung und Entwicklung" zu initiieren. Die Forschungs- und Entwicklungsquote, meine Damen und Herren, in Kärnten, so der Bericht, beträgt lediglich 1,1 %. In Gesamtösterreich, und hierbei wird Wien sogar herausgerechnet, beträgt sie hingegen 1,3 %. Aufholbedarf für unser Bundesland, das scheinbar aufblüht, ist hier auf alle Fälle gegeben.

Dr. Kaiser

Ich nehme auch zur Kenntnis, daß dieser Bericht Kritik übt; Kritik übt daran, daß es in Kärnten eine unterdurchschnittliche Teilhabe am "5. EU-Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung" gegeben hat. Um dem vorzugreifen, hat die SPÖ einen Antrag hier im Landtag eingebracht, daß die entsprechende Optimierung der notwendigen Ressourcen, um am "6. Rahmen- und Forschungsprogramm der Europäischen Union" erfolgreicher teilhaben zu können, rechtzeitig ergriffen wird.

Wir haben im letzten Bereich, dem der Tourismusinitiativen und -förderungen, ebenfalls deutliche Schwerpunkte zu setzen. Kollege Hinterleitner hat darauf hingewiesen. Ich möchte nur ergänzen, daß neben der Profilbildung, neben der Zweisaisonalität und neben der insgesamt Qualitätsverbesserung in der Ausstattung natürlich auch die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein sehr zentraler Bereich ist, meine Damen und Herren! Denn dann und nur dann, wenn auch die Atmosphäre und auch die Qualität der Dienstleistungen entsprechen, werden wir gegenüber immer mehr Wettbewerb am Tourismussektor reüssieren können.

Der letzte Punkt - und auch der ist ganz klar angeführt und wurde in der Wortmeldung meines FPÖ-Kollegen nicht erwähnt - ist, daß wir endlich diese Ängstlichkeit und dieses Mauern aufbauen gegenüber der Erweiterung der Europäischen Union fallen zu lassen haben. Denn das, woran Kärnten ganz besonders leidet, ist: daß es sehr, sehr wenige grenzüberschreitende Aktivitäten, Handelsströme, Märkte gibt. Wir müssen daher die europäische Erweiterung als Chance begreifen, um eben diese neuen Märkte zu erschließen und in Wirklichkeit damit Zugang zu dynamischen Wachstumsbereichen zu finden.

Ich habe eine berechtigte Sorge, und auch die wird angesprochen, meine Damen und Herren, in diesem Bericht: daß die Vorschau, die Prognose des "Joanneum Research" für die nächste Zeit nichts Positives verheißt. Wenn ich feststelle, daß das Enddatum, das heißt die gesamte Faktenlage, die Indikatoren, mit 15. Juli dieses Jahres festgemacht wurden und wir von dort dreimal Nachunterrevidierungen der Wirtschaftsforschungsinstitute hatten, dann weiß man, daß die Aussagekraft, die dieser Bericht

bringt, wahrscheinlich noch Schlimmeres befürchten läßt, als er es ohnedies ausgedrückt hat. Wir haben im Vergleich zu den anderen Bundesländern in absehbarer Zeit auch damit zu rechnen, daß die Arbeitslosenquote in Kärnten höher ist, höher ist, als sie derzeit ist und höher ist, als es im österreichischen Durchschnitt ist.

Meine Damen und Herren, der Bericht - und auch das hat Kollege Neuner nicht gesagt - widerlegt einmal mehr eindeutig die immer wiederkehrenden Aussagen des Herrn Landeshauptmannes von Kärnten, der da meint: "Wir liegen beschäftigungsmäßig immer besser da." Ich zitiere wörtlich aus dem Bericht: "Die Arbeitslosenquote Kärntens liegt deutlich über jener Österreichs. Im Jahresmittel 2001 lag die Arbeitslosenquote in Kärnten bei 7,6 %, im österreichischen Schnitt bei 6,1 %." Ich sage jetzt ein drittesmal von dieser Stelle aus in Richtung des Herrn Landeshauptmannes: Es bringt uns nichts, Zahlen zu schönen, wenn sie nicht den Tatsachen entsprechen. Und ich halte diese Schönung von Zahlen, wenn sie mit menschlichem Schicksal in Verbindung zu bringen sind, gelinde gesagt, für geschmacklos!

Daher: Wir haben eine Reihe von Dingen anzugreifen. Ich schließe mit dem ähnlichen Appell, den Kollege Hinterleitner gemacht hat: daß wir den Bericht richtig lesen und verstehen sollen. Denn wir nehmen ihn zwar einstimmig zur Kenntnis, meine Damen und Herren - aber wie wir die tatsächliche Kenntnisnahme in Politik gießen, wird die Debatte nächste Woche für das nächstjährige Budget beweisen. Bis dahin, denke ich, wären wir alle gut beraten, die Ernsthaftigkeit dieses Berichtes, die Daten- und Faktenlage, zur Kenntnis zu nehmen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Die Generaldebatte ist daher geschlossen. Ich ersuche alle Abgeordneten, die Plätze einzunehmen! Wir kommen dann zur Abstimmung. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort!

(*Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte. - Der Antrag wird einstimmig angenommen.*)

Berichterstatter Abgeordneter **Gritsch** (FPÖ):

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Der gemäß § 38 a Abs. 4 des Wirtschaftsförderungsgesetzes durch die Kärntner Landesregierung vorgelegte Jahresbericht zur Wirtschafts- lage des Landes für das Jahr 2001 wird zur Kenntnis genommen.

Ich beantrage die Annahme.

(Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Bevor wir zur Mitteilung des Einlaufes kommen, habe ich eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung vom Herrn Klubobmann Dr. Wutte vorliegend. Bitte!

Abgeordneter **Dr. Wutte** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Gestatten Sie mir, daß ich aus Anlaß des heutigen Ausscheidens der Frau Kollegin Mag. Elisabeth Scheucher aus dem Kärntner Landtag meinen Dank namens der Fraktion für ihre geleistete Arbeit hier im Hohen Haus gemeinsam mit den anderen Abgeordneten, insbesondere im Interesse und zum Wohle der Kärntner Bürgerinnen und Bürger, mein herzliches Danke sagen darf!

Mag. Elisabeth Scheucher ist am 4. 11. 1999 in den Kärntner Landtag eingezogen, hat an 40 Landtagssitzungen teilgenommen und mit dem heutigen Tag die 100 Wortmeldungen insgesamt erfüllt. Es ist Ihnen allen bekannt, was ihre Schwerpunkte der politischen Arbeit waren und auch weiterhin sein werden, nämlich die Sozialpolitik im weitesten Sinne, der Einsatz für Kinderbetreuungseinrichtungen, von den Kinderbetreuungsfragen über die Familienpolitik, Sozialpolitik bis hin zu Seniorenfragen und zum Seniorengesetz. Sie hat diese Aufgaben, wie Ihnen allen bekannt ist, im Kärntner Landtag und auch in der Öffentlichkeit immer mit sehr viel Sachkunde, aber auch mit sehr viel Herzblut und Engagement eingebracht und auch durchgesetzt.

Ihr Durchsetzungsvermögen beruht zum einen Teil auf der sachlichen Kompetenz, zum anderen Teil aber sicher auch auf ihrem Charme, den sie immer wieder auch einzusetzen weiß. Damit gelingt ihr vieles, eben auch im Interesse der Kärntnerinnen und Kärntner; nicht nur bei uns in der Fraktion, sondern ich glaube, für das Haus sagen zu dürfen, daß wir das in diesen drei Jahren auch insgesamt wahrnehmen durften.

Ich sage herzlichen Dank, Elisabeth Scheucher! Nachdem das ja kein Ende der politischen Karriere ist, wie sonst beim Ausscheiden vieler in diesem Hause, sondern im Gegenteil eher ein Zwischenschritt, verknüpfen wir die Hoffnung oder jedenfalls die Möglichkeit der Wiederkehr. So darf ich noch einmal herzlichen Dank sagen, und für den Nationalrat alles Gute, Elisabeth Scheucher, für deine weitere politische Tätigkeit! *(Klubobmann Abg. Dr. Wutte überreicht, unter starkem Beifall aller im Hause, einen prächtigen farbenfrohen Blumenstrauß. Die künftige Abgeordnete zum Nationalrat wird von ihren Fraktionskollegen sowie anderen Abgeordneten herzlich zu ihrer neuen Funktion beglückwünscht und verabschiedet.)*

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Das Präsidium schließt sich - und das auch in Absprache mit den Klubobmännern der anderen Fraktionen - diesem Dank an!

Wir beziehen in diesen Dank auch noch eine weitere Persönlichkeit der Kärntner Politik ein, nämlich die Frau Bundesrätin Mag. Melitta Trunk, die ja ebenfalls in die gleiche Funktion auf Bundesebene übersiedelt. Wir, das heißt das Präsidium und die Klubobleute der beiden anderen Fraktionen, wünschen den beiden Damen in ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit als Abgeordnete zum Nationalrat viel Glück und Erfolg und hoffen natürlich, daß sie die Anliegen unserer Kärntnerinnen und Kärntner auch im Parlament in Wien nicht vergessen werden! Glück auf! *(Beifall)*

Wir kommen nun zur Mitteilung des Einlaufes.

Mitterer

Mitteilung des Einlaufes

Ich darf den Schriftführer um die Verlesung bitten!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

Der heutige Einlauf umfaßt einen Dringlichkeitsantrag und drei Anträge. Wir kommen zum Dringlichkeitsantrag:

A. Dringlichkeitsanträge:

1. Ldtgs.Zl. 199-10/28:

Dringlichkeitsantrag aller drei im Landtag vertretenen Parteien betreffend keine Gefährdung der Umwelt durch Spülung des Margaritzenspeichers mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß es keinesfalls zu einer die Umwelt gefährdenden Spülung des Margaritzenspeichers kommt und die notwendigen Revisionsarbeiten so umweltschonend wie möglich durchgeführt werden.

Weiters wird die Landesregierung aufgefordert, in Verhandlungen mit der Austrian Hypro Power (AHP) sicherzustellen, daß von dieser bis spätestens 31. Dezember 2003 ein umweltschonendes Konzept zur Entsorgung des Gletscherschliffes der Kärntner Landesregierung und dem Kärntner Landtag vorgelegt wird.

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich Frau Mag. Cernic zu Wort gemeldet. Ich darf ihr das Wort erteilen!

Abgeordnete **Mag. Cernic** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Obzwar das eine unendliche Geschichte ist, im Landtag, mit dem Mar-

garitzenspeicher: vielleicht doch noch einmal kurz eine Zusammenfassung der Problematik. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Zur Dringlichkeit!*)

Seit längerer Zeit schon wissen die Tauernkraftwerke, daß die Gletscherschliff-Problematik in der Margaritze immer massiver wird. (*Abg. Mag. Scheucher-Pichler verläßt nun die Sitzung. - Verabschiedungen und dadurch Unaufmerksamkeit im Hause. - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) Wir werden warten. (*Vorsitzender: Ich bitte, fortzufahren!*) Immer mehr Gletscherschliff hat sich angesammelt. 1995 ist es zu dem Versuch gekommen, das Material im Zuge einer großen Spülung zu entsorgen.

Nunmehr hat der Unterausschuß für Talsperrenüberwachung der Österreichischen Staubeckenkommission vom 6. bis 8. August 2001 getagt und eine Überprüfung des Speichers Margaritze angeordnet. Es soll dabei zu einer Generalrevision der stahlwasserbaulichen Anlagenteile des Möllstolleneinlaufes kommen. Diese Revisionsarbeiten sollen im Februar durchgeführt werden.

Bei Bekanntwerden dieser Absichten ist natürlich auch die Gesamtproblematik der Entsorgung des Gletscherschliffs wieder in Diskussion gekommen. Zum einen gilt es, zu verhindern, daß bei den Revisionsarbeiten (für die mittlerweile die Bewilligungen erteilt worden sind) wieder - so, wie schon seinerzeit bei der großen Spülung - wesentlich mehr Materialmengen abgeleitet werden, als bewilligt oder genehmigt sind. Zum anderen gilt es, auch Klarheit darüber zu schaffen, daß der Kärntner Landtag mittlerweile schon mehrfach, aber jetzt ein erneutes Mal, der Meinung ist, daß es bei der Lösung der Entsorgungsproblematik zu keiner neuerlichen Spülung mehr kommen darf.

In diesem Zusammenhang ist aber darauf hinzuweisen, daß die Revisionsarbeiten unbedingt notwendig sind, weil es dabei ja auch um die Betriebssicherheit der Anlage und damit auch um die Sicherheit für die Mölltaler Bevölkerung geht.

Als Lösung für die Entsorgung des Gletscherschliffs, sind wir mittlerweile übereingekommen, können Lösungsvarianten, die eine ökolo-

Mag. Cernic

gische Beeinträchtigung des Gebietes nach sich ziehen, nicht mehr in Erwägung gezogen werden. In diesem Zusammenhang wäre es auch wichtig, daß es in Hinkunft keine Angebote mehr an die AHP gibt, die dahin gehen, daß man sich vielleicht in Kärnten ökologisch ungünstige Scheinlösungen erkaufen kann, (*Vorsitzender: Noch eine Minute Redezeit!*) auf Kosten unverantwortlicher Eingriffe in den Nationalpark Hohe Tauern, wie das zuletzt im Frühjahr 2002 durch den Finanzreferenten des Landes, Herrn Pfeifenberger, passiert ist. Es wird, glaube ich, durch ein solches Verhalten die Neigung der AHP, eine endgültige Lösung auszuarbeiten und einzureichen, nicht gerade unterstützt.

Wir sind dennoch zuversichtlich, daß - sollte es keine unvorhergesehenen Zwischenfälle geben - diese Revisionsarbeiten begleitet beaufsichtigt, so vor sich gehen werden, daß letztlich die ökologischen und die fischereiwirtschaftlichen Schäden minimiert werden können. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt zur Dringlichkeit Abg. Dipl.-Ing. Gallo das Wort.*)

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo (FPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich bin versucht einzuleiten: Alle Jahre wieder! - weil es in diese vorweihnachtliche Zeit passen würde. Es ist aber tatsächlich so, daß wir uns bereits zum dritten Mal in diesem Jahr mit der Problematik des Margaritzenspeichers hier beschäftigen. Vielleicht ist es eine Fleißaufgabe. Ich möchte aber doch betonen, daß es darum geht, das gemeinsame Wollen auch hier im Kärntner Landtag zu unterstreichen. Denn, was wir wollen ist eine maximal mögliche umweltschonende Vorgangsweise bei diesen Revisionsarbeiten, die jetzt anstehen. Das war nicht immer so, sage ich einmal, und lasse es so im Raum stehen. Dennoch, Frau Kollegin Cernic, - ich weiß nicht, was der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Pfeifenberger wieder angestellt hat - er ist nicht zuständig für die Bewilligungen, sondern das ist - wie in der vergangenen Periode - auch jetzt der Herr Minister Molterer. (*Zwischenruf von Abg. Mag. Cernic.*) Und es geht darum, glaube ich, daß jetzt in dem zu erlassenden Bescheid solche Auflagen erteilt werden - denn eine Revision ist nötig - aber, daß

solche Auflagen erteilt werden, damit es da nicht zu größeren Schäden kommen kann. Und nicht, sowie ich das jetzt im Fernsehen gesehen habe, daß nur dokumentiert wird, wenn allfällige Schäden auftauchen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit einigermaßen Erstaunen - ich sehe jetzt den Herrn Naturschutzreferenten nicht hier - habe ich medial vernommen, daß er relativ starke Geschütze in Form von Klagen aufgestellt hat. Wir werden sehen, was daraus wird. Jedenfalls hoffe und wünsche ich, daß der tatsächliche Knackpunkt - und das ist die Verlängerung des Wasserrechtes, was erst in einigen Jahren erfolgen wird - soweit führen wird, daß wir zu einer Lösung kommen, die allseits befriedigend sein wird und auch die Talschaftsverträge miteinschließt. Ich hoffe und ich wünsche aber auch, daß ob der zu beobachtenden Klimaveränderungen es zu diesem Zeitpunkt auch noch die Pasterze und damit die Leiter und deren reine Quelle geben wird, damit wir nicht aus diesem Grund das Kärntner Heimatlied umschreiben müssen. Ich bin daher froh, daß der Herr Landeshauptmann Dr. Haider das Wasser, das Nahrungsmittel Wasser dadurch ins Bewußtsein aller Kärntnerinnen und Kärntner rufen will, daß er diese Landesausstellung "WasserReich" oder "Kärnten WasserReich" initiiert hat; die jetzt auch vorbereitet wird, sodaß in weiterer Folge dokumentiert wird - und bezogen auf den Anlaßfall hier - daß unsere Flüsse nicht zum Müllimer der E-Wirtschaft verkommen dürfen. Als Mit Antragsteller werden wir selbstverständlich diesem Antrag auch unsere Zustimmung, sowohl was die Dringlichkeit als auch den Inhalt betrifft, geben. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Lutschounig zur Dringlichkeit das Wort und weist auf die fünfminütige Redezeit hin.*)

Abgeordneter Lutschounig (ÖVP):

Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt, glaube ich, inhaltlich keine gravierenden Unterschiede innerhalb der Parteien. Aber was uns alle, glaube ich, gemeinsam auch stört ist, daß dieses Problem der Spülung - auch wenn es nur für Revisionsarbeiten ist - zu einem politischen Dauerbrenner wird. Es begleitet uns eigentlich permanent. Alle

Lutschounig

ein bis zwei Jahre, eben diese Revisionsarbeiten anstehen, dann stehen wir immer vor der gleichen Problematik: Spülung, ja oder nein? Gibt es eine umweltschonendere Möglichkeit der Entsorgung dieses Gletscherschliffes oder was auch immer? Es sind fachlich ja sehr viele Varianten geprüft worden und ich muß sagen, daß sicherlich die wahrscheinlich aufwendigste jene sein wird bei diesem Gletscherschliff, ihn in jene Bundesländer zu befördern - wenn Sie so wollen - die auch den Nutzen daraus ziehen; das ist nämlich Salzburg und Kaprun - dort diese Ablagerung vorzunehmen. Wie gesagt, eine aufwendige, aber für uns auch vertretbare Lösung, weil sie ökologisch das einzig Umsetzbare ist. Der Sandersee kommt überhaupt nicht in Frage, weil das aus den verständlichsten Gründen nicht machbar ist, daß man dort einfach den Staudamm erhöht, was sicherlich aus der Sicht der E-Wirtschaft das Leichteste für sie wäre, weil die günstigste. Und auch die andere Sache ist ein Mumpitz sondergleichen, daß man das ein paar hundert Meter auf das sogenannte "Naßfeld" ablagert. Denn, wenn wir uns in einem sensiblen Naturschutzgebiet - sprich Nationalpark - befinden, dann ist es mir eigentlich egal, ob es am Punkt "A" oder ein paar hundert Meter weiter am Punkt "B", diese sogenannte Abfallhalde, sprich Gletscherschliff, gibt. Und ich glaube, daß man sich in so einem sensiblen Gebiet einfach mit solchen Varianten überhaupt nicht anfreunden kann. Aber was wirklich gefordert ist, daß die AHP endlich einmal ein praktikables Konzept vorlegt und tatsächlich auch macht und sich nicht von Termin zu Termin drüberschwindelt und in Wahrheit nichts unternimmt und das Problem eigentlich immer offenläßt. Und diesen Vorwurf muß man der AHP wirklich machen, denn es ist in den letzten Jahren nichts passiert, außer immer wieder netten Worten bei Bereisungen, wie wir es das letzte Mal auch mit unserem Umweltausschuß gemacht haben. Oder, wie gestern, natürlich auch unter großer Medienpräsenz die Wasserrechtsverhandlung stattgefunden hat, daß man immer wieder beteuert, man werde hier ein Konzept auf den Tisch legen.

Ich glaube, die Kärntner Politik müßte- und das ist ja das was heute alle drei Parteien mit Vehemenz fordern - ein Konzept vorlegen, das auch die Umsetzungsvarianten und auch das Datum

festlegt, daß diese Arbeiten in Angriff genommen werden, damit wir von einer Spülung á la 1995 verschont bleiben. Und ich muß auch sagen, die betroffenen Gemeinden haben wirklich, glaube ich, auch den Anspruch, daß das hier entsprechend ökologisch gemanagt wird, daß dieser Gletscherschliff entsprechend entsorgt wird, um hier einen touristischen Schaden für die Gemeinden des Mölltales zu vermeiden. Und eines muß ich auch sagen, Herr Kollege Gallo! Wenn der Herr Landesrat Wurmitzer als Naturschutzreferent Klagsdrohungen gegenüber der AHP erwogen hat, dann können Sie diese durchaus ernst nehmen. Und jeder der ihn kennt und weiß, daß er auch in dieser Richtung ein recht harter Bursche ist, der weiß, daß man sich da wirklich auf ihn verlassen kann und daß sich diese Dinge in guten Händen befinden. Und er wird sich da auch von der Austrian-Hydro-Power jedenfalls nicht weichklopfen lassen, daß es irgendeine schwindlige Variante geben wird. Und ich glaube, es ist auch wichtig, daß wir einerseits das Problem aus der Sicht des Naturschutzreferenten, das Naturschutzproblem entsprechend erachten und ernstnehmen, aber andererseits auch die Interessen der dort lebenden Bevölkerung ernstnehmen. Beides wird Landesrat und Naturschutz- und Gemeindereferent Georg Wurmitzer - sowie ich hoffe - in einer ihm bekannten Härte durchziehen und durchsetzen. *(Zwischenrufe von Abgeordneten Koncilia und Abgeordneten Unterrieder.)* Nein, wir wollen heute keine Budgetdebatte, Herr Klubobmann, führen. Dazu werden wir nächste Woche ausführlich Gelegenheit haben. Und wir können das eine und das andere irgendwie anbringen und auch darüber debattieren. Aber ich glaube, daß wir uns in der Sache selbst einig sind und daß wir hier mit aller Vehemenz das Gleiche fordern, nämlich eine umweltschonende und eine rasche Lösung dieses Problems, dieses Dauerbrenners, Möllspülung. Danke schön. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Es liegt mir keine Wortmeldung zur Dringlichkeit mehr vor. Ich lasse über die Dringlichkeit abstimmen. Ich ersuche die Abgeordneten, auch die Plätze einzunehmen! Wer der Dringlichkeit die Zustimmung erteilt, bitte ein Zeichen mit der

Mitterer

Hand! - Das ist einstimmig so geschehen. Nachdem keine Wortmeldung zum Inhalt des Antrages vorliegt, lasse ich auch über den Antrag selbst abstimmen. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand! - Das ist einstimmig so verabschiedet.

Wir kommen nun zur weiteren Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

B) Anträge von Abgeordneten

1. Ldtgs.Zl. 273-8/28:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, dem Kärntner Landtag eine Novelle zum Kärntner Naturschutzgesetz vorzulegen, welche beinhaltet, daß zukünftig - wie vor der letzten Novelle des Kärntner Naturschutzgesetzes - das Sammeln von Mineralien mit mechanischen Hilfsmitteln (z.B. Hammer etc.) erlaubt wird.

Zuweisung: **Ausschuß für Gemeinden und ländlichen Raum**

2. Ldtgs.Zl. 634-2/28:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, zur Verbesserung der Kontrolle der Alten- und Pflegeheime folgende Maßnahmen durchzuführen:

1. Raschestmögliche Vorlage eines Kataloges von Qualitätskriterien, nach dem die Heime von amtlichen oder von amtswegen ermächtigten privaten Fachleuten geprüft werden.

2. Entwicklung eines einheitlichen Pflegedokumentationsprogrammes, nach dem alle Heimbetreiber die einzelnen Pflegemaßnahmen für die

Heiminsassen schriftlich festhalten und das auch unter Schutz und Wahrung der Privatsphäre einen standardisierten Austausch der Daten ermöglicht.

3. Vorlage von Heimaufenthaltsbestimmungen die genau regeln, in welcher Form medizinisch notwendige Freiheitsbeschränkungen in Heimen stattfinden dürfen.

3. Ldtgs.Zl. 440-17/28:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, für den Neubau des Rüsthauses der Freiwilligen Feuerwehr Globasnitz (Gemeinde Eberndorf) größtmögliche Förderungen zur Verfügung zu stellen. (*Abg. Lutschounig: Globasnitz in Eberndorf, das ist ein Blödsinn!*)

Zuweisung: **Ausschuß für Gemeinden und ländlichen Raum**

4. Ldtgs.Zl. 639-1/28:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Positionspapier des Landes Kärnten hinsichtlich der Institutionen und Verfassungsreform in der Europäischen Union (EU-Konvent) auszuarbeiten und dem Kärntner Landtag in Form eines Berichtes zur Kenntnis zu bringen.

Zuweisung: **Ausschuß für Europa- und Föderalismusfragen**

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Nun ist die Tagesordnung erledigt. Ich darf nun damit die 48. verlangte Sitzung des Kärntner Landtages schließen.

Ende der Sitzung: 13.40 Uhr